

Südtiroler Volksbank Aktiengesellschaft

Satzung, Ausgabe vom 4. März 2022

Vorschlag zur Änderung durch die Hauptversammlung vom 16. Oktober 2025 gemäß Art. 13 Abs. 3 der Satzung.

Beschluss des Verwaltungsrats vom 16. Mai 2025, Tagesordnungspunkt 6

Im Text sind hervorgehoben:

- in grüner Farbe: die Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung der Möglichkeit, einen geschäftsführenden Verwaltungsrat zu ernennen;
- in violetter Farbe: die Änderung im Zusammenhang mit der Einführung der Befugnis des Verwaltungsrats, Vollmachten für die Durchführung von Immobilientransaktionen oder dinglichen Rechten im Bereich des Immobilien- und Investitionsgüterleasings zu erteilen;
- in oranger Farbe: weitere Änderungen zur Vereinheitlichung des Wortlauts und zur Anpassung an die Marktpraxis sowie Änderungen im Zusammenhang mit Anpassungen des Wortlauts und der Vereinheitlichung der Terminologie.

Abschnitt I

Die Gesellschaft

Abschnitt I

Die Gesellschaft

Art. 1 – Bezeichnung

- 1) Banca Popolare dell'Alto Adige Società per azioni (zu deutsch: Südtiroler Volksbank Aktiengesellschaft) ist gegründet.
- 2) Die Gesellschaft ist durch Satzung und Gesetz geregelt.
Die Gesellschaft unterliegt der aufsichtsrechtlichen Überwachung nach den Bestimmungen aus dem Testo Unico Bancario.
Die Satzung der Gesellschaft unterliegt dem Feststellungsverfahren der Banca d'Italia.
- 3) Die Gesellschaft kann, zu ihrer Gesellschaftsbezeichnung, mit Namen, Marken und Kennzeichen der fusionierten Gesellschaften als traditionelle Erkennungsmerkmale von lokaler Bedeutung, ausüben.

Art. 2 - Gegenstand und Zweck des Unternehmens

- 1) Gegenstand des Unternehmens ist das Einlagen- und Kreditgeschäft in seinen unterschiedlichen Formen.
- 2) Die Gesellschaft kann, unter Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften, alle Bank-, Finanz- und Wertpapiergeschäfte und – dienstleistungen durchführen, einschließlich aller Tätigkeiten im Rahmen der aufsichtsrechtlich vorgesehenen gegenseitigen Anerkennung und anderen Geschäfte, die dem Unternehmenszweck dienlich erscheinen oder jedenfalls mit ihm verbunden sind.

Art. 1 - Bezeichnung

- 1) Banca Popolare dell'Alto Adige Società per azioni (zu Deutsch: Südtiroler Volksbank Aktiengesellschaft) ist gegründet.
- 2) Die Gesellschaft ist durch Satzung und Gesetz geregelt.
Die Gesellschaft unterliegt der aufsichtsrechtlichen Überwachung nach den Bestimmungen aus dem Testo Unico Bancario.
Die Satzung der Gesellschaft unterliegt dem Feststellungsverfahren der Banca d'Italia.
- 3) Die Gesellschaft kann, zu ihrer Gesellschaftsbezeichnung, mit Namen, Marken und Kennzeichen der fusionierten Gesellschaften als traditionelle Erkennungsmerkmale von lokaler Bedeutung, ausüben.

Art. 2 - Gegenstand und Zweck des Unternehmens

- 1) Gegenstand des Unternehmens ist das Einlagen- und Kreditgeschäft in seinen unterschiedlichen Formen.
- 2) Die Gesellschaft kann, unter Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften, **auch über Tochtergesellschaften**, alle Bank-, Finanz- **Anlage-** und Wertpapiergeschäfte und – dienstleistungen durchführen, einschließlich aller Tätigkeiten im Rahmen der aufsichtsrechtlich vorgesehenen gegenseitigen Anerkennung und anderen Geschäfte, die dem Unternehmenszweck dienlich erscheinen oder jedenfalls mit ihm verbunden sind.

Der Gesellschaftszweck wird auch auf Tochtergesellschaften ausgedehnt und umfasst auch Investitionstätigkeiten.

Diese Ergänzung wird den Unternehmenszweck der Bank an die gängigen Marktpraktiken angepasst.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>3) Die Gesellschaft ist die Muttergesellschaft der Bankengruppe Banca Popolare dell'Alto Adige (zu deutsch: Südtiroler Volksbank) nach Art. 61 des Testo Unico Bancario und erteilt den Gesellschaften der Gruppe Anweisungen zur Umsetzung der, im Interesse der Stabilität der Gruppe, von Banca d'Italia und den anderen Aufsichtsbehörden erteilten Anordnungen.</p> <p>4) Die Gesellschaft misst der lokalen Entwicklung in ihrem Einzugsgebiet und in dem der Gruppe besondere Bedeutung bei.</p> <p>5) Die Gesellschaft kann, zur Erfüllung des Unternehmensgegenstands, Verbänden und Konsortien beitreten und Unternehmensverträge in Italien und im Ausland abschließen.</p>	<p>3) Die Gesellschaft ist die Muttergesellschaft der Bankengruppe Banca Popolare dell'Alto Adige (zu Deutsch: Südtiroler Volksbank) nach Art. 61 des Testo Unico Bancario und erteilt den Gesellschaften der Gruppe Anweisungen zur Umsetzung der, im Interesse der Stabilität der Gruppe, von Banca d'Italia und den anderen Aufsichtsbehörden erteilten Anordnungen.</p> <p>4) Die Gesellschaft misst der lokalen Entwicklung in ihrem Einzugsgebiet und in dem der Gruppe besondere Bedeutung bei.</p> <p>5) Die Gesellschaft kann, zur Erfüllung des Unternehmensgegenstands, Verbänden und Konsortien beitreten und Unternehmensverträge in Italien und im Ausland abschließen.</p>	
Art. 3 - Rechtssitz und Niederlassungen	Art. 3 - Rechtssitz und Niederlassungen	
<p>1) Die Gesellschaft hat Rechtssitz und Generaldirektion in Bozen.</p> <p>Sie kann mit den erforderlichen Genehmigungen, Zweigstellen und Vertretungen im In- und Ausland einrichten, verlegen und auflassen.</p>	<p>1) Die Gesellschaft hat Rechtssitz und Generaldirektion in Bozen.</p> <p>Sie kann mit den erforderlichen Genehmigungen, Zweigstellen und Vertretungen im In- und Ausland einrichten, verlegen und auflassen.</p>	
Art. 4 - Dauer	Art. 4 - Dauer	
<p>1) Die Dauer der Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 2100 festgelegt und kann verlängert werden.</p>	<p>1) Die Dauer der Gesellschaft ist bis zum 31. Dezember 2100 festgelegt und kann verlängert werden.</p>	
<p style="text-align: center;">Abschnitt II</p> <p style="text-align: center;">Gesellschaftskapital und Aktien</p>		
Art. 5 - Gesellschaftskapital	Art. 5 - Gesellschaftskapital	
<p>1) Das gezeichnete und eingezahlte Gesellschaftskapital beträgt 201.993.752 Euro und ist in 50.498.438 auf den Inhaber lautende Stammaktien unterteilt.</p>	<p>1) Das gezeichnete und eingezahlte Gesellschaftskapital beträgt 201.993.752 Euro und ist in 50.498.438 auf den Inhaber lautende Stammaktien unterteilt.</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>2) Die Aktien sind nicht teilbar; Eintragungen auf mehrere Namen sind nicht zulässig. Bei Aktiengemeinschaft müssen die Rechte der Miteigentümer durch einen gemeinsamen Vertreter ausgeübt werden. Ist der gemeinsame Vertreter nicht bestellt oder der Gesellschaft nicht mitgeteilt worden, sind die von ihr an einen der Miteigentümer erfolgten Mitteilungen und Erklärungen, allen anderen gegenüber wirksam.</p> <p>3) Die Aktien werden vorschriftsgemäß in elektronischer Sammelverwaltung geführt.</p> <p>4) Mit Änderung der Satzung können Kategorien von Aktien mit unterschiedlichen Rechten geschaffen werden.</p> <p>5) Die außerordentliche Hauptversammlung kann, mit Änderung der Satzung, im Rahmen der geltenden Bestimmungen, die Erhöhung des Gesellschaftskapitals beschließen und, auf begründeten Antrag des Verwaltungsrats hin, das Bezugsrecht ausschließen oder einschränken. Die außerordentliche Hauptversammlung kann die Ausgabe von in Aktien der Gesellschaft wandelbare Anleihen beschließen.</p> <p>6) Die außerordentliche Hauptversammlung kann, im Rahmen der geltenden Bestimmungen, eine Gewinnausschüttung an das Personal der Gesellschaft beschließen.</p>	<p>2) Die Aktien sind nicht teilbar; Eintragungen auf mehrere Namen sind nicht zulässig. Bei Aktiengemeinschaft müssen die Rechte der Miteigentümer durch einen gemeinsamen Vertreter ausgeübt werden. Ist der gemeinsame Vertreter nicht bestellt oder der Gesellschaft nicht mitgeteilt worden, sind die von ihr an einen der Miteigentümer erfolgten Mitteilungen und Erklärungen, allen anderen gegenüber wirksam.</p> <p>3) Die Aktien werden vorschriftsgemäß in elektronischer Sammelverwaltung geführt.</p> <p>4) Mit Änderung der Satzung können Kategorien von Aktien mit unterschiedlichen Rechten geschaffen werden.</p> <p>5) Die außerordentliche Hauptversammlung kann, mit Änderung der Satzung, im Rahmen der geltenden Bestimmungen, die Erhöhung des Gesellschaftskapitals beschließen und, auf begründeten Antrag des Verwaltungsrats hin, das Bezugsrecht ausschließen oder einschränken. Die außerordentliche Hauptversammlung kann die Ausgabe von in Aktien der Gesellschaft wandelbare Anleihen beschließen.</p> <p>6) Die außerordentliche Hauptversammlung kann, im Rahmen der geltenden Bestimmungen, eine Gewinnausschüttung an das Personal der Gesellschaft beschließen.</p>	
Art. 6 - Stimmrecht	Art. 6 - Stimmrecht	
1) Jede Aktie verleiht ein Stimmrecht.	1) Jede Aktie verleiht ein Stimmrecht.	
Art. 7 - Übertragung der Aktien und Beschränkung der Verfügbarkeit	Art. 7 - Übertragung der Aktien und Beschränkung der Verfügbarkeit	
1) Vorbehaltlich etwaiger gesetzlicher Beschränkungen, sind die Aktien zu den jeweils geltenden Bestimmungen, aus welchem	1) Vorbehaltlich etwaiger gesetzlicher Beschränkungen, sind die Aktien zu den jeweils geltenden Bestimmungen, aus welchem	

Geltender Text		Vorgeschlagener Text		Anmerkung
	Rechtsgrund auch immer, zwischen Lebenden und in der Rechtsnachfolge bei Ableben, frei übertragbar.		Rechtsgrund auch immer, zwischen Lebenden und in der Rechtsnachfolge bei Ableben, frei übertragbar.	
2)	Kommt der Aktionär seinen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber nicht nach, kann diese die Zwangsvollstreckung der Aktien nach Gesetz erwirken.	2)	Kommt der Aktionär seinen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber nicht nach, kann diese die Zwangsvollstreckung der Aktien nach Gesetz erwirken.	
3)	Die Einrichtung von dinglichen Rechten auf Aktien ist nach Gesetz geregelt.	3)	Die Einrichtung von dinglichen Rechten auf Aktien ist nach Gesetz geregelt.	
Art. 8 - Dividende und Vermögensanteil bei Auflösung		Art. 8 - Dividende und Vermögensanteil bei Auflösung		
1)	Die Gewinnverteilung und die Verteilung der verfügbaren Mittel bei Auflösung der Gesellschaft erfolgt im Verhältnis zu den gehaltenen Aktien.	1)	Die Gewinnverteilung und die Verteilung der verfügbaren Mittel bei Auflösung der Gesellschaft erfolgt im Verhältnis zu den gehaltenen Aktien.	
2)	Die Dividende die nicht innerhalb von fünf Jahren ab Fälligkeit eingezogen wird, fällt an die Gesellschaft.	2)	Die Dividende, die nicht innerhalb von fünf Jahren ab Fälligkeit eingezogen wird, fällt an die Gesellschaft.	
Art. 9 - Rücktritt des Aktionärs		Art. 9 - Rücktritt des Aktionärs		
1)	Der Rücktritt ist in den Fällen und mit Verfahren und Wirkung nach Gesetz, aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und Satzung zugelassen.	1)	Der Rücktritt ist in den Fällen und mit Verfahren und Wirkung nach Gesetz, aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und Satzung zugelassen.	
2)	In jedem Fall ist der Rücktritt ausgeschlossen bei Verlängerung der Gesellschaftsdauer und bei Einführung, Änderung oder Aufhebung von Beschränkungen die den Aktienumlauf betreffen sowie bei jedem anderen, durch die Satzung abdingbaren gesetzlichen Rücktrittsgrund.	2)	In jedem Fall ist der Rücktritt ausgeschlossen bei Verlängerung der Gesellschaftsdauer und bei Einführung, Änderung oder Aufhebung von Beschränkungen, die den Aktienumlauf betreffen sowie bei jedem anderen, durch die Satzung abdingbaren gesetzlichen Rücktrittsgrund.	
3)	Die Auszahlung der Aktien bei Rücktritt erfolgt nach Gesetz.	3)	Die Auszahlung der Aktien bei Rücktritt erfolgt nach Gesetz.	
Abschnitt III		Abschnitt III		
Gesellschaftsorgane		Gesellschaftsorgane		
Art. 10 - Gesellschaftsorgane		Art. 10 - Gesellschaftsorgane		
1)	Die Gesellschaftsbefugnisse obliegen, nach Zuständigkeit:	1)	Die Gesellschaftsbefugnisse obliegen, nach Zuständigkeit:	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
a) der Hauptversammlung; b) dem Verwaltungsrat; c) dem Präsidenten; d) dem Vollzugsausschuss, sofern ernannt;	a) der Hauptversammlung; b) dem Verwaltungsrat; c) dem Präsidenten des Verwaltungsrats ; d) dem Vollzugsausschuss, sofern ernannt; e) dem geschäftsführenden Verwaltungsrat, sofern ernannt ; e) dem Aufsichtsrat; f) der Generaldirektion.	 Die Liste der Gesellschaftsorgane wird um den geschäftsführenden Verwaltungsrat ergänzt, dessen Ernennung optional ist. <i>Die Ergänzung wird auf Grundlage der Selbstbewertung 2025 des Verwaltungsrats vorgeschlagen, aus der hervorgeht, dass eine Anpassung der Unternehmensführung an die Best Practices großer und mittlerer Banken durch die Einführung der Position eines geschäftsführenden Verwaltungsrats möglich ist. Ziel ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Verwaltungsrat und Management, auch eingedenk des derzeitigen „Volksbank-Modells“ herzustellen.</i>
Art. 11 - Einberufung der Hauptversammlung	Art. 11 - Einberufung der Hauptversammlung	
1) Die Hauptversammlung wird mindestens einmal jährlich innerhalb von einhundertzwanzig Tagen nach Jahresabschluss mit Form und Vorankündigung nach Gesetz, vom Verwaltungsrat – oder, bei Bedarf, vom Aufsichtsrat – am Gesellschaftssitz oder andernorts in der Provinz Bozen, wie in der Einberufungsanzeige angegeben, einberufen. 2) Die ordentliche Hauptversammlung und die außerordentliche Hauptversammlung findet, in der Regel, in einziger Einberufung statt. Der Verwaltungsrat kann jedoch in eigenem Ermessen und unter ausdrücklicher Bekanntgabe in der Einberufungsanzeige sowohl die ordentliche als	1) Die Hauptversammlung wird mindestens einmal jährlich innerhalb von einhundertzwanzig Tagen nach Jahresabschluss mit Form und Vorankündigung nach Gesetz, vom Verwaltungsrat – oder, bei Bedarf, vom Aufsichtsrat – am Gesellschaftssitz oder andernorts in der Provinz Bozen, wie in der Einberufungsanzeige angegeben, einberufen. 2) Die ordentliche Hauptversammlung und die außerordentliche Hauptversammlung findet, in der Regel, in einziger Einberufung statt. Der Verwaltungsrat kann jedoch in eigenem Ermessen und unter ausdrücklicher Bekanntgabe in der Einberufungsanzeige sowohl die ordentliche als	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>auch die außerordentliche Hauptversammlung mit wiederholter Zusammenkunft einberufen.</p>	<p>auch die außerordentliche Hauptversammlung mit wiederholter Zusammenkunft einberufen.</p>	
<p>3) Die Einberufungsanzeige wird nach geltendem Gesetz und Aufsichtsrecht veröffentlicht und enthält:</p>	<p>3) Die Einberufungsanzeige wird nach geltendem Gesetz und Aufsichtsrecht veröffentlicht und enthält:</p>	
<p>a) Tag, Uhrzeit und Ort der einmaligen Zusammenkunft sowie der ersten und zweiten Einberufung bei wiederholter Zusammenkunft;</p>	<p>a) Tag, Uhrzeit und Ort der einmaligen Zusammenkunft sowie der ersten und zweiten Einberufung bei wiederholter Zusammenkunft;</p>	
<p>b) die Tagesordnung und jede weitere gesetzlich oder aufsichtsrechtlich vorgesehene Information.</p>	<p>b) die Tagesordnung und jede weitere gesetzlich oder aufsichtsrechtlich vorgesehene Information.</p>	
<p>Die Einberufung wird im Amtsblatt der Italienischen Republik oder in einer der beiden Tageszeitungen mit nationaler Auflage „Il Sole 24 Ore“ bzw. „Milano Finanza“ mindestens zwanzig Tage vor der Versammlung in einmaliger oder in erster Zusammenkunft veröffentlicht.</p>	<p>Die Einberufung wird im Amtsblatt der Italienischen Republik oder in einer der beiden Tageszeitungen mit nationaler Auflage „Il Sole 24 Ore“ bzw. „Milano Finanza“ mindestens zwanzig Tage vor der Versammlung in einmaliger oder in erster Zusammenkunft veröffentlicht.</p>	
<p>4) An der Hauptversammlung kann auch an entfernt, auch außerhalb der Provinz Bozen, liegenden mit dem Versammlungssitz per Audio/Video-Einrichtung vernetzten Standorten teilgenommen werden, vorausgesetzt dass die kollegiale Vorgangsweise und die Grundsätze von Treu und Glauben und der Gleichbehandlung gewährleistet sind und, im Besonderen, dass die Identität aller Teilnehmer festgestellt werden kann und dass diese der Verhandlung folgen und in Echtzeit an der Erörterung der Tagesordnung teilnehmen, die Unterlagen einsehen, entgegennehmen und bearbeiten und Ihre Stimme abgeben können. Unter diesen Voraussetzungen, führt die Einberufungsanzeige die per Audio/Video-Einrichtung verbundenen Standorte an, in denen sich die Teilnehmer einfinden können; als Sitz der Hauptversammlung gilt der Standort an dem der Vorsitzende und der Schriftführer anwesend sind.</p>	<p>4) An der Hauptversammlung kann auch an entfernt, auch außerhalb der Provinz Bozen, liegenden mit dem Versammlungssitz per Audio/Video-Einrichtung vernetzten Standorten teilgenommen werden, vorausgesetzt dass die kollegiale Vorgangsweise und die Grundsätze von Treu und Glauben und der Gleichbehandlung gewährleistet sind und, im Besonderen, dass die Identität aller Teilnehmer festgestellt werden kann und dass diese der Verhandlung folgen und in Echtzeit an der Erörterung der Tagesordnung teilnehmen, die Unterlagen einsehen, entgegennehmen und bearbeiten und Ihre Stimme abgeben können. Unter diesen Voraussetzungen führt die Einberufungsanzeige die per Audio/Video-Einrichtung verbundenen Standorte an, in denen sich die Teilnehmer einfinden können; als Sitz der Hauptversammlung gilt der Standort, an dem der Vorsitzende und der Schriftführer anwesend sind.</p>	
<p>5) Bei technischen Hindernissen die die Feststellung oder Weiterführung der Hauptversammlung derart beeinträchtigen sodass es nicht möglich ist sie an demselben Tag abzuschließen, unterbricht der</p>	<p>5) Bei technischen Hindernissen, die die Feststellung oder Weiterführung der Hauptversammlung derart beeinträchtigen, sodass es nicht möglich ist sie an demselben Tag abzuschließen, unterbricht der</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Vorsitzende die Versammlung und merkt die Begründung im Sitzungsprotokoll an. Von der Hauptversammlung bereits gefasste Beschlüsse müssen aus dem Versammlungsprotokoll hervorgehen und bleiben aufrecht. Zur Erörterung der noch nicht beratenen und beschlossenen Abstimmungsgegenstände muss die Hauptversammlung erneut einberufen werden, dabei gelten die Bestimmungen aus den vorherigen Absätzen in diesem Art. 11 der Satzung.</p>	<p>Vorsitzende die Versammlung und merkt die Begründung im Sitzungsprotokoll an. Von der Hauptversammlung bereits gefasste Beschlüsse müssen aus dem Versammlungsprotokoll hervorgehen und bleiben aufrecht. Zur Erörterung der noch nicht beratenen und beschlossenen Abstimmungsgegenstände muss die Hauptversammlung erneut einberufen werden, dabei gelten die Bestimmungen aus den vorherigen Absätzen in diesem Art. 11 der Satzung.</p>	
<p>6) Der Verwaltungsrat beruft die Hauptversammlung ferner unverzüglich ein, wenn dies schriftlich und mit Angabe der Abstimmungsgegenstände von so vielen Stimmrechtsinhabern beantragt wird, als dass, zum Zeitpunkt des Antrags, die rechtlich vorgesehene Kapitalquote vertreten ist. Die Einberufung auf Antrag der Aktionäre ist nicht zulässig für Abstimmungsgegenstände, über die die Versammlung, so gesetzlich festgelegt, auf Vorschlag des Verwaltungsrats beschließt oder auf der Grundlage von Projekten oder Berichten des Verwaltungsrats.</p>	<p>6) Der Verwaltungsrat beruft die Hauptversammlung ferner unverzüglich ein, wenn dies schriftlich und mit Angabe der Abstimmungsgegenstände von so vielen Stimmrechtsinhabern beantragt wird, als dass, zum Zeitpunkt des Antrags, die rechtlich vorgesehene Kapitalquote vertreten ist. Die Einberufung auf Antrag der Aktionäre ist nicht zulässig für Abstimmungsgegenstände, über die die Versammlung, so gesetzlich festgelegt, auf Vorschlag des Verwaltungsrats beschließt oder auf der Grundlage von Projekten oder Berichten des Verwaltungsrats.</p>	
<p>Art. 12 – Teilnahme des Aktionärs an der Hauptversammlung und Vertretung</p>	<p>Art. 12 – Teilnahme des Aktionärs an der Hauptversammlung und Vertretung</p>	
<p>1) An der Hauptversammlung können die Stimmrechtinhaber teilnehmen, für welche die Gesellschaft den Berechtigungsnachweis von der, der zentralen Wertpapierverwaltung angeschlossenen Depotbank, erhalten hat.</p>	<p>1) An der Hauptversammlung können die Stimmrechtinhaber teilnehmen, für welche die Gesellschaft den Berechtigungsnachweis von der, der zentralen Wertpapierverwaltung angeschlossenen Depotbank, erhalten hat.</p>	
<p>2) Die Vertretung an der Hauptversammlung ist durch Gesetz geregelt. Die Erstellung der Vertretungsvollmacht und ihre Übermittlung an die Gesellschaft kann auf elektronischem Weg erfolgen, sofern in der Einberufungsanzeige vorgesehen.</p>	<p>2) Die Vertretung an der Hauptversammlung ist durch Gesetz geregelt. Die Erstellung der Vertretungsvollmacht und ihre Übermittlung an die Gesellschaft kann auf elektronischem Weg erfolgen, sofern in der Einberufungsanzeige vorgesehen.</p>	
<p>3) Der Verwaltungsrat kann eine oder mehrere Personen benennen, denen die Stimmrechtinhaber die Vertretungsvollmacht an der Hauptversammlung erteilen können, für alle oder für einen Teil der</p>	<p>3) Der Verwaltungsrat kann eine oder mehrere Personen benennen, denen die Stimmrechtinhaber die Vertretungsvollmacht an der Hauptversammlung erteilen können, für alle oder für einen Teil der</p>	<p>Mit der Änderung soll die bisherige Bestimmung gestrichen werden, die durch die jüngste Änderung von Art. 135-undecies.1 TUF (Finanzgesetz) überholt ist, wonach die Regelung zur Teilnahme</p>

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Tagesordnungspunkte mit erforderlicher Abstimmungsanweisung bei sonstiger Nichtigkeit der Vollmacht: hierfür kommen vollinhaltlich die Verfahren zur Anwendung, die für die an der italienischen Börse notierten Gesellschaften gelten. Die Benennung ist in der Einberufungsanzeige angeführt.</p>	<p>Tagesordnungspunkte mit erforderlicher Abstimmungsanweisung bei sonstiger Nichtigkeit der Vollmacht: hierfür kommen vollinhaltlich die Verfahren zur Anwendung, die für die an der italienischen Börse notierten Gesellschaften gelten. Die Benennung ist in der Einberufungsanzeige angeführt. Die Teilnahme an der Hauptversammlung und die Ausübung des Stimmrechts darf nicht ausschließlich durch den benannten Vertreter erfolgen.</p>	<p>an der Hauptversammlung durch einen benannten Vertreter auch auf Gesellschaften ausgedehnt wird, die zum Handel an einem multilateralen Handelssystem zugelassen sind.</p> <p>Mit der Änderung wird die Möglichkeit für die Bank vorgesehen, den Aktionären die Teilnahme an der Hauptversammlung durch einen benannten Vertreter zu gestatten, wobei jedoch ausgeschlossen ist, dass dessen Teilnahme ausschließlich vorgesehen ist.</p> <p><i>Mit dieser Ergänzung können Aktionäre nun persönlich, durch einen eigenen Bevollmächtigten oder einen benannten Vertreter an der Hauptversammlung teilnehmen.</i></p>
<p>4) Sofern in der Einberufungsanzeige vorgesehen, können die Stimmrechtinhaber an der Hauptversammlung mit Hilfe von elektronischen Kommunikationsmitteln teilnehmen und das Stimmrecht elektronisch ausüben.</p>	<p>4) Sofern in der Einberufungsanzeige vorgesehen, können die Stimmrechtinhaber an der Hauptversammlung mit Hilfe von elektronischen Kommunikationsmitteln teilnehmen und das Stimmrecht elektronisch ausüben.</p>	
<p>Art. 13 – Zuständigkeiten der Hauptversammlung</p>	<p>Art. 13 – Zuständigkeiten der Hauptversammlung</p>	
<p>1) Die Aktionäre versammeln sich zur Hauptversammlung in ordentlicher oder außerordentlicher Einberufung. Der Ablauf der Hauptversammlung ist, neben Gesetz und Satzung, durch eine eigene Geschäftsordnung geregelt.</p>	<p>1) Die Aktionäre versammeln sich zur Hauptversammlung in ordentlicher oder außerordentlicher Einberufung. Der Ablauf der Hauptversammlung ist, neben Gesetz und Satzung, durch eine eigene Geschäftsordnung geregelt.</p>	
<p>2) Die ordentliche Hauptversammlung:</p> <p>a) berät und beschließt den Jahresabschluss nach Anhören der Berichte des Verwaltungsrats und des Aufsichtsrats und bestimmt die Gewinnverteilung;</p> <p>b) ernennt und widerruft die Verwaltungsräte, bestellt die Aufsichtsräte und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, bestellt und widerruft die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach Anhören des Aufsichtsrats;</p>	<p>2) Die ordentliche Hauptversammlung:</p> <p>a) berät und beschließt den Jahresabschluss nach Anhören der Berichte des Verwaltungsrats und des Aufsichtsrats und bestimmt die Gewinnverteilung;</p> <p>b) ernennt und widerruft die Verwaltungsräte, bestellt die Aufsichtsräte und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, bestellt und widerruft die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und den mit der Bescheinigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung Beauftragten nach Anhören des Aufsichtsrats;</p>	<p>Die Änderung passt die satzungsmäßige Bestimmung (Absatz 2 Buchstaben b und d) an die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß CSRD und Richtlinie 2022/2464/EU an. Die Hauptversammlung erhält die Befugnis, einen Beauftragten für die Prüfung der</p>

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
		Nachhaltigkeitsberichte zu bestimmen und zu widerrufen.
c) befindet über die Haftung der Verwaltungs- und der Aufsichtsräte;	c) befindet über die Haftung der Verwaltungs- und der Aufsichtsräte;	
d) setzt die Höhe der Vergütung und die Sitzungsgelder der Verwaltungs- und der Aufsichtsräte sowie das Honorar der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft fest;	d) setzt die Höhe der Vergütung und die Sitzungsgelder der Verwaltungs- und der Aufsichtsräte sowie das Honorar der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und der mit der Bescheinigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung Beauftragten fest;	Es wird auf die Anmerkung unter Buchstabe b) verwiesen.
e) verabschiedet die Geschäftsordnung zur Begrenzung der Ämterhäufung für die Verwaltungsräte und für die Aufsichtsräte;	e) verabschiedet die Geschäftsordnung zur Begrenzung der Ämterhäufung für die Verwaltungsräte und für die Aufsichtsräte;	
f) genehmigt das Vergütungssystem und die Richtlinien für die Boni-Zahlungen zugunsten der Verwaltungsräte und die Angestellten der Gesellschaft;	<p>f) genehmigt das Vergütungssystem und die Richtlinien für die Boni-Zahlungen zugunsten der Verwaltungsräte und die Angestellten der Gesellschaft; und ist außerdem befugt, auf Vorschlag des Verwaltungsrats ein Verhältnis zwischen der variablen und der festen Komponente der individuellen Vergütung der wichtigsten Mitarbeiter von mehr als 1:1, jedoch nicht mehr als 2:1 oder nicht mehr als dem jeweils geltenden Höchstverhältnis gemäß den geltenden Rechtsvorschriften festzulegen; vorbehaltlich der Tatsache, dass der entsprechende Vorschlag als gültig genehmigt gelten kann, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Hauptversammlung mit mindestens der Hälfte des Gesellschaftskapitals beschlussfähig ist und der Beschluss mit mindestens 2/3 des in der Hauptversammlung vertretenen Gesellschaftskapitals gefasst wird; - der Beschluss mit mindestens 3/4 des in der Hauptversammlung vertretenen Gesellschaftskapitals gefasst wird, unabhängig davon, mit welchem Gesellschaftskapital die Hauptversammlung vertreten ist; 	<p>Die (ordentliche) Hauptversammlung ist befugt, ein Verhältnis zwischen der variablen und der festen Komponente der individuellen Vergütung der sogenannten Schlüsselpositionen („<i>personale più rilevante</i>“) von mehr als 100% (jedoch innerhalb der Grenzen von 200%) zu beschließen, in Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen (Banca d'Italia Rundschreiben Nr. 285, Teil I, Titel IV, Kap. 2, Abschnitt III, Abs. 12).</p> <p><i>Diese Ergänzung stellt einen zentralen Aspekt für die nachhaltige Fortführung des eingeschlagenen Wachstumskurses der Bank und ihrer verbundenen Unternehmensgruppe dar.</i></p>

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>g) genehmigt die auf Finanzinstrumenten basierende Vergütungsprogramme;</p> <p>h) genehmigt die Richtlinien für die bei vorzeitiger Beendung des Arbeitsverhältnisses oder bei vorzeitiger Mandatsauflösung zu leistende Abfindungszahlung und bestimmt deren Deckelung durch Vorgabe der zu verrechnenden Jährlichkeiten an festen Vergütungen sowie des Höchstbetrags daraus, der allenfalls anerkannt werden kann.</p> <p>i) genehmigt die Geschäftsordnung der Hauptversammlung;</p> <p>j) beschließt über die übrigen Abstimmungsgegenstände in ihrer Zuständigkeit laut Gesetz oder Satzung.</p> <p>3) Die außerordentliche Hauptversammlung beschließt über die Abänderung der Satzung, ausgenommen in den Fällen aus Art. 28 Abs. 2 Buchstaben (s), (u) und (v) der Satzung sowie über alle anderen Gegenstände in ihrer Zuständigkeit laut Gesetz oder Satzung.</p>	<p>g) genehmigt die auf Finanzinstrumenten basierende Vergütungsprogramme;</p> <p>h) genehmigt die Richtlinien für die bei vorzeitiger Beendung des Arbeitsverhältnisses oder bei vorzeitiger Mandatsauflösung zu leistende Abfindungszahlung und bestimmt deren Deckelung durch Vorgabe der zu verrechnenden Jährlichkeiten an festen Vergütungen sowie des Höchstbetrags daraus, der allenfalls anerkannt werden kann.</p> <p>i) genehmigt die Geschäftsordnung der Hauptversammlung;</p> <p>j) beschließt über die übrigen Abstimmungsgegenstände in ihrer Zuständigkeit laut Gesetz oder Satzung.</p> <p>3) Die außerordentliche Hauptversammlung beschließt über die Abänderung der Satzung, ausgenommen in den Fällen aus Art. 28 Abs. 2 Buchstaben (s), (u) und (v) (x), (z) und (aa) der Satzung, sowie über alle anderen Gegenstände in ihrer Zuständigkeit laut Gesetz oder Satzung.</p>	<p>Die Änderung zielt darauf ab, den Text mit den Bestimmungen des abgeänderten Artikels 23 Absatz 5 in Einklang zu bringen.</p>
Art. 14 – Geschäftsordnung der Hauptversammlung	Art. 14 – Geschäftsordnung der Hauptversammlung	
<p>1) Der Ablauf der Hauptversammlung, sowohl in ordentlicher als auch in außerordentlicher Einberufung, ist, neben Gesetz und Satzung, durch eine eigene Geschäftsordnung geregelt, die von der ordentlichen Hauptversammlung genehmigt wird und für alle folgenden Hauptversammlungen gültig ist, solange sie nicht geändert oder durch eine andere ersetzt wird. Die Hauptversammlung kann mit vorgeschriebener Beschlussfähigkeit in ordentlicher Einberufung, fallweise eine oder mehrere Bestimmungen der Geschäftsordnung aussetzen.</p>	<p>1) Der Ablauf der Hauptversammlung, sowohl in ordentlicher als auch in außerordentlicher Einberufung, ist, neben Gesetz und Satzung, durch eine eigene Geschäftsordnung geregelt, die von der ordentlichen Hauptversammlung genehmigt wird und für alle folgenden Hauptversammlungen gültig ist, solange sie nicht geändert oder durch eine andere ersetzt wird. Die Hauptversammlung kann mit vorgeschriebener Beschlussfähigkeit in ordentlicher Einberufung, fallweise eine oder mehrere Bestimmungen der Geschäftsordnung aussetzen.</p>	
Art. 15 – Vorsitz der Hauptversammlung	Art. 15 – Vorsitz der Hauptversammlung	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>1) Den Vorsitz in der Hauptversammlung, sowohl in ordentlicher als auch in außerordentlicher Einberufung, führt der Präsident des Verwaltungsrats und, bei dessen Abwesenheit oder Verhinderung, sein Stellvertreter oder, fehlt dieser, die von den anwesenden Aktionären bestellte Person.</p> <p>2) Der Vorsitzende hat sämtliche Befugnisse zur Leitung der Hauptversammlung und insbesondere zur Überprüfung der Teilnahmeberechtigung der Anwesenden sowie zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit der Versammlung, zur Leitung und Regelung der Erörterung der Tagesordnung, zur Unterbreitung des Abstimmungsmodus und zur Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse.</p> <p>3) Der Vorsitzende ernennt, in eigenem Dafürhalten, einen Notar zum Schriftführer oder die Versammlung ernennt hierfür, auf Vorschlag des Vorsitzenden, einen Sekretär; Schriftführer der Versammlung in außerordentlicher Einberufung ist immer ein Notar. Der Vorsitzende kann einen oder mehrere Wahlhelfer ernennen.</p>	<p>1) Den Vorsitz in der Hauptversammlung, sowohl in ordentlicher als auch in außerordentlicher Einberufung, führt der Präsident des Verwaltungsrats und, bei dessen Abwesenheit oder Verhinderung, sein Stellvertreter gemäß Artikel 23 Absatz 5 oder, fehlt dieser, die von den anwesenden Aktionären bestellte Person.</p> <p>2) Der Vorsitzende hat sämtliche Befugnisse zur Leitung der Hauptversammlung und insbesondere zur Überprüfung der Teilnahmeberechtigung der Anwesenden sowie zur Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit der Versammlung, zur Leitung und Regelung der Erörterung der Tagesordnung, zur Unterbreitung des Abstimmungsmodus und zur Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse.</p> <p>3) Der Vorsitzende ernennt, in eigenem Dafürhalten, einen Notar zum Schriftführer oder die Versammlung ernennt hierfür, auf Vorschlag des Vorsitzenden, einen Sekretär; Schriftführer der Versammlung in außerordentlicher Einberufung ist immer ein Notar. Der Vorsitzende kann einen oder mehrere Wahlhelfer ernennen.</p>	<p>Die Änderung soll den Text mit den Bestimmungen des geänderten Artikels 23 Absatz 5 in Einklang bringen.</p>
<p>Art. 16 – Feststellung der Beschlussfähigkeit der Hauptversammlung</p>	<p>Art. 16 – Feststellung der Beschlussfähigkeit der Hauptversammlung</p>	
<p>1) Bei einziger Einberufung der Versammlung:</p> <p>a) ist die ordentliche Hauptversammlung unabhängig von dem in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapital beschlussfähig;</p> <p>b) ist die außerordentliche Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mindestens 1/5 (ein Fünftel) des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird: hierfür zählt die durch anwesende Aktionäre gehaltene sowie die gesetzlich oder durch Vollmacht vertretene Kapitalquote. Für die</p>	<p>1) Bei einziger Einberufung der Versammlung:</p> <p>a) ist die ordentliche Hauptversammlung unabhängig von dem in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapital beschlussfähig;</p> <p>b) ist die außerordentliche Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mindestens 1/5 (ein Fünftel) des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird: hierfür zählt die durch anwesende Aktionäre gehaltene sowie die gesetzlich oder durch Vollmacht vertretene Kapitalquote. Für die</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Abstimmungsgegenstände aus Art. 16, Abs. 3, zählt die dort angeführte Kapitalquote.	Abstimmungsgegenstände aus Art. 16, Abs. 3, zählt die dort angeführte Kapitalquote.	
2) Bei wiederholter Einberufung derselben Versammlung:	2) Bei wiederholter Einberufung derselben Versammlung:	
a) ist die ordentliche Hauptversammlung in erster Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals, abzüglich Aktien ohne Stimmrecht, in der Versammlung festgestellt wird.	a) ist die ordentliche Hauptversammlung in erster Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals, abzüglich Aktien ohne Stimmrecht, in der Versammlung festgestellt wird.	
In zweiter Einberufung und in jeder folgenden, ist die ordentliche Hauptversammlung unabhängig von der festgestellten Kapitalquote beschlussfähig;	In zweiter Einberufung und in jeder folgenden, ist die ordentliche Hauptversammlung unabhängig von der festgestellten Kapitalquote beschlussfähig;	
b) ist die außerordentliche Hauptversammlung in erster Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird. Für die Abstimmungsgegenstände aus Art. 16, Abs. 3, zählt die dort angeführte Kapitalquote.	b) ist die außerordentliche Hauptversammlung in erster Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird. Für die Abstimmungsgegenstände aus Art. 16, Abs. 3, zählt die dort angeführte Kapitalquote.	
In zweiter Einberufung ist die außerordentliche Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird; in jeder folgenden Einberufung ist die Versammlung beschlussfähig, wenn mindestens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals festgestellt wird.	In zweiter Einberufung ist die außerordentliche Hauptversammlung beschlussfähig, wenn mehr als ein Drittel des Gesellschaftskapitals in der Versammlung festgestellt wird; in jeder folgenden Einberufung ist die Versammlung beschlussfähig, wenn mindestens ein Fünftel des Gesellschaftskapitals festgestellt wird.	
3) Für die Abstimmungsgegenstände aus Art. 2441, Abs. 5 Codice Civile, ist die Hauptversammlung mit der für die außerordentliche Einberufung geltenden Feststellung beschlussfähig.	3) Für die Abstimmungsgegenstände aus Art. 2441, Abs. 5 Zivilgesetzbuch Codice—Civile , ist die Hauptversammlung mit der für die außerordentliche Einberufung geltenden Feststellung beschlussfähig.	In der deutschen Version wurde eine Wortwahanpassung vorgenommen.
Für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion ist die Hauptversammlung in einziger Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens $\frac{1}{2}$ (die Hälfte) des Gesellschaftskapitals festgestellt wird und bei wiederholter Einberufung, wenn in erster Einberufung mindestens $\frac{2}{3}$ (zwei Drittel) und in zweiter Einberufung mindestens $\frac{1}{2}$	Für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion ist die Hauptversammlung in einziger Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens $\frac{1}{2}$ (die Hälfte) des Gesellschaftskapitals festgestellt wird und bei wiederholter Einberufung, wenn in erster Einberufung mindestens $\frac{2}{3}$ (zwei Drittel) und in zweiter Einberufung mindestens $\frac{1}{2}$	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
(die Hälfte) des Gesellschaftskapitals festgestellt werden	(die Hälfte) des Gesellschaftskapitals festgestellt werden	
Art. 17 – Beschlussgültigkeit der Hauptversammlung	Art. 17 – Beschlussgültigkeit der Hauptversammlung	
<p>1) Die in einziger Einberufung gehaltene ordentliche Hauptversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals. Die Wahl der Verwaltungsräte und der Aufsichtsräte erfolgt durch Listenwahl gemäß Art. 20 und Art. 21 bzw. Art. 32 und Art. 33 der Satzung.</p> <p>Die in einziger Einberufung gehaltene außerordentliche Hauptversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit von mindestens 2/3 (zwei Dritteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals; dagegen ist für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion, die Stimmenmehrheit von ¾ (drei Vierteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals erforderlich.</p> <p>2) Die in wiederholter Einberufung gehaltene ordentliche Hauptversammlung beschließt, sowohl in der ersten als auch in den folgenden Einberufungen, mit Stimmenmehrheit des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals.</p> <p>Die in wiederholter Einberufung gehaltene außerordentliche Hauptversammlung beschließt, sowohl in der ersten als auch in den folgenden Einberufungen, mit Stimmenmehrheit von mindestens 2/3 (zwei Dritteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals; dagegen ist für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion die Stimmenmehrheit von ¾ (drei Vierteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals erforderlich.</p> <p>3) Die Versammlung beschließt immer mit offener Abstimmung.</p>	<p>1) Die in einziger Einberufung gehaltene ordentliche Hauptversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals. Die Wahl der Verwaltungsräte und der Aufsichtsräte erfolgt durch Listenwahl gemäß Art. 20 und Art. 21 bzw. Art. 32 und Art. 33 33 und Art. 34 der Satzung.</p> <p>Die in einziger Einberufung gehaltene außerordentliche Hauptversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit von mindestens 2/3 (zwei Dritteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals; dagegen ist für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion, die Stimmenmehrheit von ¾ (drei Vierteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals erforderlich.</p> <p>2) Die in wiederholter Einberufung gehaltene ordentliche Hauptversammlung beschließt, sowohl in der ersten als auch in den folgenden Einberufungen, mit Stimmenmehrheit des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals.</p> <p>Die in wiederholter Einberufung gehaltene außerordentliche Hauptversammlung beschließt, sowohl in der ersten als auch in den folgenden Einberufungen, mit Stimmenmehrheit von mindestens 2/3 (zwei Dritteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals; dagegen ist für die Verlegung von Rechtssitz und Generaldirektion die Stimmenmehrheit von ¾ (drei Vierteln) des in der Versammlung festgestellten Gesellschaftskapitals erforderlich.</p> <p>3) Die Versammlung beschließt immer mit offener Abstimmung.</p>	<p>Die Änderung passt die Nummerierung an.</p>
Art. 18 – Vertagung der Hauptversammlung	Art. 18 – Vertagung der Hauptversammlung	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>1) Kann die Erörterung der Tagesordnung nicht an einem Tag abgeschlossen werden, vertagt der Vorsitzende, mit Bekanntmachung in der Versammlung ohne weitere Einberufungsaufgabe, die Hauptversammlung auf eine nächste, innerhalb von acht Tagen abzuhaltende Zusammenkunft.</p> <p>2) In der zweiten Zusammenkunft gelten die Mehrheiten für Beschlussfähigkeit und Beschlussgültigkeit der vertagten Hauptversammlung.</p>	<p>1) Kann die Erörterung der Tagesordnung nicht an einem Tag abgeschlossen werden, vertagt der Vorsitzende, mit Bekanntmachung in der Versammlung ohne weitere Einberufungsaufgabe, die Hauptversammlung auf eine nächste, innerhalb von acht Tagen abzuhaltende Zusammenkunft.</p> <p>2) In der zweiten Zusammenkunft gelten die Mehrheiten für Beschlussfähigkeit und Beschlussgültigkeit der vertagten Hauptversammlung.</p>	
Art. 19 – Protokoll der Hauptversammlung	Art. 19 – Protokoll der Hauptversammlung	
<p>1) Die Sitzungen und Beschlüsse der Hauptversammlung werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Vorsitzenden und des Schriftführers bzw. des zu dieser Funktion bestellten Notars, festgestellt</p> <p>2) Das Protokollbuch und dessen Auszüge, vom Vorsitzenden und vom Schriftführer für gleichlautend bestätigt, gelten als Nachweis für die Abhaltung und die Beschlüsse der Versammlung.</p>	<p>1) Die Sitzungen und Beschlüsse der Hauptversammlung werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Vorsitzenden und des Schriftführers bzw. des zu dieser Funktion bestellten Notars, festgestellt</p> <p>2) Das Protokollbuch und dessen Auszüge, vom Vorsitzenden und vom Schriftführer für gleichlautend bestätigt, gelten als Nachweis für die Abhaltung und die Beschlüsse der Versammlung.</p>	
Art. 20 – Verwaltungsrat, Zusammensetzung	Art. 20 – Verwaltungsrat, Zusammensetzung	
<p>1) Die Verwaltung der Gesellschaft obliegt einem Verwaltungsrat, der aus einer variablen Anzahl von neun bis zwölf Ratsmitgliedern besteht, die von der Hauptversammlung gewählt werden; die Anzahl der Ratsmitglieder wird von der Hauptversammlung die den Jahresabschluss im Vorjahr der Wahl beschließt, festgelegt. Für die Zusammensetzung des Verwaltungsrats gilt:</p>	<p>1) Die Verwaltung der Gesellschaft obliegt einem Verwaltungsrat, der aus einer variablen Anzahl von neun bis zwölf Ratsmitgliedern besteht, die von der Hauptversammlung gewählt werden; die Anzahl der Ratsmitglieder wird von der Hauptversammlung, die den Jahresabschluss im Vorjahr der Wahl beschließt, festgelegt. Für die Zusammensetzung des Verwaltungsrats gilt:</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>a) ist der Verwaltungsrat in neun Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens sechs Räte seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das verbleibende Ratsmitglied besteht keine Wohnsitzauflage; 	<p>a) ist der Verwaltungsrat in neun Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens sechs Ratsmitglieder seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei—Räte ein Ratsmitglied seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das die verbleibenden Ratsmitglieder besteht keine Wohnsitzauflage; 	<p>Bei den Buchstaben a), b) und c) wird die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder ohne Wohnsitzbeschränkung erhöht. Die Anzahl der Verwaltungsratsmitglieder mit Wohnsitz in der Region Veneto wird entsprechend verringert.</p> <p>Diese Änderung schafft mehr Flexibilität bei der Auswahl potenzieller Verwaltungsratsmitglieder, hält jedoch an den bestehenden Wohnsitzbeschränkungen fest, die weiterhin als wesentlich für die Verbindung der Regionalbank mit ihrem Einzugsgebiet betrachtet werden.</p> <p>Des Weiteren wurde in der deutschen Version eine Wortwahlanpassung vorgenommen.</p>
<p>b) ist der Verwaltungsrat in zehn Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens sieben Räte seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das verbleibende Ratsmitglied besteht keine Wohnsitzauflage; 	<p>b) ist der Verwaltungsrat in zehn Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens sieben Ratsmitglieder seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei ein Ratsmitglied Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das die verbleibenden Ratsmitglieder besteht keine Wohnsitzauflage; 	
<p>c) ist der Verwaltungsrat in elf Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens acht Räte seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das verbleibende Ratsmitglied besteht keine Wohnsitzauflage; 	<p>c) ist der Verwaltungsrat in elf Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens acht Ratsmitglieder seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei ein Ratsmitglied Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für das die verbleibenden Ratsmitglieder besteht keine Wohnsitzauflage; 	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>d) ist der Verwaltungsrat in zwölf Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens acht Räte seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei Räte seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für die verbleibenden Ratsmitglieder besteht keine Wohnsitzauflage <p>Für die Ernennung oder Ersetzung seiner Mitglieder gemäß den Artikeln 22 und 23 ist der Verwaltungsrat zuständig:</p> <p>a) erstellt der scheidende Verwaltungsrat und veröffentlicht rechtzeitig, die für optimal erachtete quali-quantitative Zusammensetzung des Kollegiums und verfasst dazu das für angemessen erachtete Eignungsprofil der Kandidaten;</p> <p>b) prüft der neugewählte Verwaltungsrat die Übereinstimmung zwischen der für optimal erachteten quali-quantitativen Vorgabe und die aus der Wahl sich ergebende tatsächliche Zusammensetzung des Kollegiums.</p> <p>Die Mitglieder des Verwaltungsrats müssen den Anforderungen in Bezug auf Ehrenhaftigkeit, berufliche Eignung und Unabhängigkeit genügen und die Kriterien der Befähigung zum Nachweis ihrer Eignung für das Amt sowie die Kriterien der Korrektheit ihres persönlichen und beruflichen Verhaltens in der Vergangenheit erfüllen, wie dies in den geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich Verordnungen und Satzungen, vorgesehen ist.</p> <p>Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats muss ein ausgewogenes Verhältnis und ein angemessenes Maß an Diversifizierung sicherstellen, wobei unter anderem die Vielfalt der Geschlechter in dem Maße gewährleistet sein muss, wie es die geltenden Gesetze und Verordnungen vorsehen, wobei in Ermangelung ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmungen in jedem Fall die</p>	<p>d) ist der Verwaltungsrat in zwölf Ratsmitgliedern zu bestellen, müssen</p> <ul style="list-style-type: none"> - mindestens acht Ratsmitglieder seit mindestens drei Jahren in der Provinz Bozen ansässig sein; - mindestens zwei Ratsmitglieder seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sein; - für die verbleibenden Ratsmitglieder besteht keine Wohnsitzauflage <p>Für die Ernennung oder Ersetzung seiner Mitglieder gemäß den Artikeln 22 und 23 ist der Verwaltungsrat zuständig:</p> <p>a) erstellt der scheidende Verwaltungsrat und veröffentlicht rechtzeitig, die für optimal erachtete quali-quantitative Zusammensetzung des Kollegiums und verfasst dazu das für angemessen erachtete Eignungsprofil der Kandidaten;</p> <p>b) prüft der neugewählte Verwaltungsrat die Übereinstimmung zwischen der für optimal erachteten quali-quantitativen Vorgabe und die aus der Wahl sich ergebende tatsächliche Zusammensetzung des Kollegiums</p> <p>Die Mitglieder des Verwaltungsrats müssen den Anforderungen in Bezug auf Ehrenhaftigkeit, berufliche Eignung und Unabhängigkeit genügen und die Kriterien der Befähigung zum Nachweis ihrer Eignung für das Amt sowie die Kriterien der Korrektheit ihres persönlichen und beruflichen Verhaltens in der Vergangenheit erfüllen, wie dies in den geltenden Rechtsvorschriften, einschließlich Verordnungen und Satzungen, vorgesehen ist.</p> <p>Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats muss ein ausgewogenes Verhältnis und ein angemessenes Maß an Diversifizierung sicherstellen, wobei unter anderem die Vielfalt der Geschlechter in dem Maße gewährleistet sein muss, wie es die geltenden Gesetze und Verordnungen vorsehen, wobei in Ermangelung ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmungen in jedem Fall die</p>	

Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern eines anderen als des am stärksten vertretenen Geschlechts gewährleistet sein muss.

Ratsmitglied kann nicht sein, wer mit der Gesellschaft einen dauerhaften Werksvertrag oder ein Arbeitsverhältnis unterhält; aus dem Dienst geschiedene Angestellte der Gesellschaft sind wählbar, sofern die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mindestens zehn Jahre zurückliegt.

Ratsmitglied kann nicht sein, wer ein Arbeitsverhältnis mit einem Konkurrenzunternehmen, mit jeder anderen Bank oder mit einer, von Konkurrenzunternehmen oder Banken kontrollierten Gesellschaft unterhält bzw. bei diesen ein Mandat als Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat ausübt; von dieser Unvereinbarkeit ausgeschlossen sind zentrale Körperschaften des Kreditsektors und von der Gesellschaft beteiligte Unternehmen.

Die Vollendung des siebenzigsten Lebensjahrs ist Hinderungsgrund für die Wählbarkeit in den Verwaltungsrat und bewirkt für das Ratsmitglied im Amt den Verfall des Mandats anlässlich der, der erreichten Altersgrenze unmittelbar folgenden ordentlichen Hauptversammlung.

- 2) In einem von der ordentlichen Hauptversammlung genehmigten Sonderreglement wird die Anzahl der Ämter, die von den Mitgliedern des Verwaltungsrats gleichzeitig ausgeübt werden können, unter Berücksichtigung der Art des Amtes sowie der Merkmale und der Größe der Unternehmen, in denen sie tätig sind, begrenzt. Die in den jeweils geltenden Gesetzen und Verordnungen

Anwesenheit von mindestens **zwei drei** Mitgliedern eines anderen als des am stärksten vertretenen Geschlechts gewährleistet sein muss, **oder mindestens vier Mitglieder des anderen Geschlechts als dem am stärksten vertretenen, wenn die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrats auf zwölf festgelegt ist.**

Ratsmitglied darf nicht sein, wer mit der Gesellschaft einen dauerhaften Werksvertrag oder ein Arbeitsverhältnis unterhält, **mit Ausnahme des Generaldirektors, wenn dieser auch das Amt des geschäftsführenden Verwaltungsrats übernimmt, sofern er ernannt wird. aus dem Dienst geschiedene Angestellte der Gesellschaft sind wählbar, sofern die Auflösung des Arbeitsverhältnisses mindestens zehn Jahre zurückliegt.**

Ratsmitglied darf nicht sein, wer ein Arbeitsverhältnis mit einem Konkurrenzunternehmen, mit jeder anderen Bank oder mit einer von Konkurrenzunternehmen oder Banken kontrollierten Gesellschaft unterhält bzw. bei diesen ein Mandat als Verwaltungsrat oder Aufsichtsrat ausübt; von dieser Unvereinbarkeit ausgeschlossen sind zentrale Körperschaften des Kreditsektors und von der Gesellschaft beteiligte Unternehmen.

Die Vollendung des siebenzigsten Lebensjahrs ist Hinderungsgrund für die Wählbarkeit in den Verwaltungsrat und bewirkt für das Ratsmitglied im Amt den Verfall des Mandats anlässlich der erreichten Altersgrenze unmittelbar folgenden ordentlichen Hauptversammlung.

- 2) In einem von der ordentlichen Hauptversammlung genehmigten Sonderreglement wird die Anzahl der Ämter, die von den Mitgliedern des Verwaltungsrats gleichzeitig ausgeübt werden können, unter Berücksichtigung der Art des Amtes sowie der Merkmale und der Größe der Unternehmen, in denen sie tätig sind, begrenzt. Die in den jeweils geltenden Gesetzen und Verordnungen

Die Änderung passt die satzungsmäßige Bestimmung an das Banca d'Italia Rundschreiben 285, Teil I, Titel IV, Kapitel 1, Abschnitt IV, Absatz 2.1, Buchstabe B an. Dieses Rundschreiben verlangt einen Anteil von mindestens 33 % für Mitglieder des weniger vertretenen Geschlechts und soll eine klare Verständlichkeit für die Lesenden gewährleisten.

Die Änderung hat das Ziel, dem geschäftsführenden Verwaltungsrat – sofern eine Ernennung erfolgt – die Wahrnehmung der Aufgaben des Generaldirektors zu ermöglichen und umgekehrt.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>vorgesehenen Grenzen für die Ausübung mehrerer Ämter bleiben jedoch in Kraft, sofern sie strenger sind.</p>	<p>vorgesehenen Grenzen für die Ausübung mehrerer Ämter bleiben jedoch in Kraft, sofern sie strenger sind.</p>	
<p>3) Die Verwaltungsratsmitglieder sind verpflichtet, in Kenntnis der Sachlage zu handeln. Um die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, müssen die Verwaltungsratsmitglieder über die für ihre Funktion erforderliche berufliche Eignung und Kompetenz verfügen und die für die wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeit im Einklang mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften aufwenden.</p>	<p>3) Die Verwaltungsratsmitglieder sind verpflichtet, in Kenntnis der Sachlage zu handeln. Um die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, müssen die Verwaltungsratsmitglieder über die für ihre Funktion erforderliche berufliche Eignung und Kompetenz verfügen und die für die wirksame Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Zeit im Einklang mit den geltenden Gesetzen und Vorschriften aufwenden.</p>	
<p>4) Mindestens drei Ratsmitglieder sind nicht-exekutiv tätig und gehören daher weder einem beschließenden Ausschuss an noch übernehmen sie eine Geschäftsvollmacht oder üben eine Funktion im Rahmen der laufenden Geschäftsleitung aus. Dabei gilt: Exekutive Mitglieder des Verwaltungsrats</p>	<p>4) Mindestens drei Ratsmitglieder sind nicht nicht-exekutiv tätig und gehören daher weder einem beschließenden Ausschuss an noch übernehmen sie eine Geschäftsvollmacht oder üben eine Funktion im Rahmen der laufenden Geschäftsleitung aus. Dabei gilt: Exekutive Mitglieder des Verwaltungsrats</p>	
<p>a) gehören dem Vollzugsausschuss an, sofern ein solcher benannt ist, oder handeln im Rahmen von geschäftsführenden Vollmachten oder auch nur de facto;</p>	<p>a) gehören dem Vollzugsausschuss an, sofern ein solcher benannt ist, oder handeln im Rahmen von geschäftsführenden Vollmachten oder auch nur de facto (auch in Bezug auf die Geschäftsführung anderer Gesellschaften der Bankengruppe);</p>	<p>Die Satzung wird so geändert, dass sie Art. 33 Abs. 4 entspricht und künftig auch die übrigen Gesellschaften der Bankengruppe für die Qualifikation als exekutives Mitglied berücksichtigt.</p>
<p>b) üben Durchführungsbefugnisse aus, stehen einzelnen Verwaltungseinheiten vor oder gehören Gremien der operativen Betriebsstruktur an.</p>	<p>b) üben Durchführungsbefugnisse aus, stehen einzelnen Verwaltungseinheiten vor oder gehören Gremien der operativen Betriebsstruktur oder in anderen Gesellschaften der Bankengruppe an.</p>	
<p>5) Mindestens drei Verwaltungsratsmitglieder, bei denen es sich um nicht exekutive Verwaltungsratsmitglieder handeln kann, müssen die folgenden Anforderungen Bezug auf ihre Unabhängigkeit erfüllen, die in den jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehen sind Diese Verwaltungsratsmitglieder dürfen ferner:</p>	<p>5) Mindestens drei Verwaltungsratsmitglieder, bei denen es sich um nicht exekutive Verwaltungsratsmitglieder handeln kann, müssen die folgenden Anforderungen Bezug auf ihre Unabhängigkeit erfüllen, die in den jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehen sind Diese Verwaltungsratsmitglieder dürfen ferner:</p>	
<p>a) nicht Gesellschafter oder Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft sein oder mit dieser Geschäftsbeziehungen unterhalten, die für die</p>	<p>a) nicht Gesellschafter oder Verwaltungsratsmitglied der Gesellschaft sein oder mit dieser Geschäftsbeziehungen unterhalten, die für die</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>gesetzliche Abschlussprüfung der Gesellschaft verantwortlich ist;</p>	<p>gesetzliche Abschlussprüfung der Gesellschaft verantwortlich ist;</p>	
<p>b) nicht verheiratet, verwandt oder verschwägert bis zum vierten Verwandtschaftsgrad mit einer Person sein, auf einer der unter Buchstaben a oder c genannten Fälle zutrifft.</p>	<p>b) nicht verheiratet, verwandt oder verschwägert bis zum vierten Verwandtschaftsgrad mit einer Person sein, auf einer der unter Buchstaben a oder c genannten Fälle zutrifft.</p>	
<p>Die Bedeutung der oben aufgeführten Beziehungen wird sowohl auf der Grundlage der finanziellen Situation des einzelnen Verwaltungsratsmitglied als auch auf der Grundlage der Relevanz/Bedeutung der Beziehung für die Gesellschaft bewertet.</p>	<p>Die Bedeutung der oben aufgeführten Beziehungen wird sowohl auf der Grundlage der finanziellen Situation des einzelnen Verwaltungsratsmitglied als auch auf der Grundlage der Relevanz/Bedeutung der Beziehung für die Gesellschaft bewertet.</p>	
<p>Erfüllt ein Verwaltungsratsmitglied die oben genannten Unabhängigkeitsanforderungen nicht mehr, so wird es nicht ausgeschlossen, wenn die Mindestanzahl unabhängiger Verwaltungsratsmitglieder, die zur Erfüllung dieser Anforderungen erforderlich ist, diese weiterhin erfüllt.</p>	<p>Erfüllt ein Verwaltungsratsmitglied die oben genannten Unabhängigkeitsanforderungen nicht mehr, so wird es nicht ausgeschlossen, wenn die Mindestanzahl unabhängiger Verwaltungsratsmitglieder, die zur Erfüllung dieser Anforderungen erforderlich ist, diese weiterhin erfüllt.</p>	
<p>6) Die Ratsmitglieder bleiben für die Dauer von nicht mehr als drei Geschäftsjahren im Amt und können wiedergewählt werden. Die Amtszeit verfällt mit der Hauptversammlung die zum letzten Jahresabschluss im Mandat beschließt.</p>	<p>6) Die Ratsmitglieder bleiben für die Dauer von nicht mehr als drei Geschäftsjahren im Amt und können wiedergewählt werden. Die Amtszeit verfällt mit der Hauptversammlung, die zum letzten Jahresabschluss im Mandat beschließt.</p>	
<p>7) Die Abberufung der Verwaltungsräte ist gesetzlich geregelt.</p>	<p>7) Die Abberufung der Verwaltungsräte ist gesetzlich geregelt.</p>	
<p>Art. 21 – Wahl des Verwaltungsrats</p>	<p>Art. 21 – Wahl des Verwaltungsrats</p>	
<p>1) Die Hauptversammlung wählt den Verwaltungsrat aus Kandidatenlisten.</p> <p>Die Kandidatenlisten können von einem oder mehreren Aktionären eingereicht werden die, gemeinsam, mindestens 1% (ein Prozent) am Gesellschaftskapital halten - oder den geringeren Mindestanteil, sofern ein solcher durch Gesetz oder Bankenaufsicht vorgegeben wird - und in der wählenden Hauptversammlung stimmberechtigt sind.</p>	<p>1) Die Hauptversammlung wählt den Verwaltungsrat aus Kandidatenlisten.</p> <p>Die Kandidatenlisten können von einem oder mehreren Aktionären eingereicht werden die, gemeinsam, mindestens 1% (ein Prozent) am Gesellschaftskapital halten - oder den geringeren Mindestanteil, sofern ein solcher durch Gesetz oder Bankenaufsicht vorgegeben wird - und in der wählenden Hauptversammlung stimmberechtigt sind.</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>2) Die Kandidatenlisten müssen mit Unterschrift der Einreicher, bei sonstigem Ausschluss, am Rechtssitz der Gesellschaft mindestens fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung hinterlegt werden. Jeder Einreicher unterzeichnet die Liste mit notariell beglaubigter Unterschrift oder in Gegenwart eines eigens vom Verwaltungsrat beauftragten Angestellten der Gesellschaft.</p>	<p>2) Die Kandidatenlisten müssen mit Unterschrift der Einreicher, bei sonstigem Ausschluss, am Rechtssitz der Gesellschaft mindestens fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung hinterlegt werden. Jeder Einreicher unterzeichnet die Liste mit notariell beglaubigter Unterschrift oder in Gegenwart eines eigens vom Verwaltungsrat beauftragten Angestellten der Gesellschaft.</p>	
<p>Jeder Aktionär kann nur eine Kandidatenliste zur Einreichung unterzeichnen; bei Nichtbeachtung wird seine Unterschrift keiner Liste zugeordnet.</p>	<p>Jeder Aktionär kann nur eine Kandidatenliste zur Einreichung unterzeichnen; bei Nichtbeachtung wird seine Unterschrift keiner Liste zugeordnet.</p>	
<p>3) Jede Liste muss so viele, fortlaufend nummerierte Kandidaten enthalten, als gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung Ratsmitglieder zu wählen sind. Die Kandidaten müssen die Wohnsitzanforderungen aus Art. 20, Abs. 1 erfüllen; unter den ersten sieben eingetragenen Kandidaten, müssen mindestens drei die Anforderungen der Unabhängigkeit aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung erfüllen.</p>	<p>3) Jede Liste muss so viele, fortlaufend nummerierte Kandidaten enthalten, als gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung Ratsmitglieder zu wählen sind. Die Kandidaten müssen die Wohnsitzanforderungen aus Art. 20, Abs. 1 erfüllen; unter den ersten sieben eingetragenen Kandidaten, müssen mindestens drei die Anforderungen der Unabhängigkeit aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung erfüllen.</p>	
<p>Jeder Kandidat kann, bei sonstiger Unwählbarkeit, in nur einer Liste eingetragen sein.</p>	<p>Jeder Kandidat kann, bei sonstiger Unwählbarkeit, in nur einer Liste eingetragen sein.</p>	
<p>Bei der Aufstellung jeder Liste muss sichergestellt werden, dass die zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Gesetze und Vorschriften in Bezug auf die Geschlechtervielfalt eingehalten werden.</p>	<p>Bei der Aufstellung jeder Liste muss sichergestellt werden, dass die zum jeweiligen Zeitpunkt geltenden Gesetze und Vorschriften in Bezug auf die Geschlechtervielfalt eingehalten werden.</p>	
<p>4) Die Kandidatenlisten müssen mit den Personalien der einreichenden Aktionäre und der Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien angemerkt sowie mit dem Nachweis der Aktieninhaberschaft für den Zweck aus Art. 21, Abs. 1 der Satzung und mit jeder weiteren gesetzlich, aufsichtsrechtlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Angabe ergänzt sein.</p>	<p>4) Die Kandidatenlisten müssen mit den Personalien der einreichenden Aktionäre und der Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien angemerkt sowie mit dem Nachweis der Aktieninhaberschaft für den Zweck aus Art. 21, Abs. 1 der Satzung und mit jeder weiteren gesetzlich, aufsichtsrechtlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Angabe ergänzt sein.</p>	
<p>5) Mit jeder Liste müssen umfassende Angaben zur Person und beruflichen Qualifikation der Kandidaten hinterlegt werden sowie deren Erklärung, dass sie die Voraussetzungen, einschließlich jene der Unabhängigkeit, aus Gesetz, Bestimmungen der Aufsichtsbehörde und Satzung für die</p>	<p>5) Mit jeder Liste müssen umfassende Angaben zur Person und beruflichen Qualifikation der Kandidaten hinterlegt werden sowie deren Erklärung, dass sie die Voraussetzungen, einschließlich jene der Unabhängigkeit, aus Gesetz, Bestimmungen der Aufsichtsbehörde und Satzung für die</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Mandatsausübung erfüllen und die Kandidatur annehmen.</p>	<p>Mandatsausübung erfüllen und die Kandidatur annehmen.</p>	
<p>5- bis) In Ergänzung zu Absatz 4 und 5 gilt:</p>	<p>5- bis) In Ergänzung zu Absatz 4 und 5 gilt:</p>	
<p>a) die von den Aktionären eingereichten Listen müssen mögliche Abweichungen des Eignungsprofils der Kandidaten von der, vom scheidenden Verwaltungsrat vorgegebenen quali-quantitativen Zusammensetzung des Kollegiums begründen;</p> <p>b) für die vom scheidenden Verwaltungsrat eingereichten Listen müssen die unabhängigen Ratsmitglieder das Eignungsprofil der Kandidaten gemäß der vom Verwaltungsrat vorgegebenen quali-quantitativen Zusammensetzung des Kollegiums begutachten.</p>	<p>a) die von den Aktionären eingereichten Listen müssen mögliche Abweichungen des Eignungsprofils der Kandidaten von der, vom scheidenden Verwaltungsrat vorgegebenen quali-quantitativen Zusammensetzung des Kollegiums begründen;</p> <p>b) für die vom scheidenden Verwaltungsrat eingereichten Listen müssen die unabhängigen Ratsmitglieder das Eignungsprofil der Kandidaten gemäß der vom Verwaltungsrat vorgegebenen quali-quantitativen Zusammensetzung des Kollegiums begutachten.</p>	<p>Es wird die Möglichkeit für den Verwaltungsrat ausgeschlossen, eigene Kandidaten für die Ernennung des Verwaltungsrats vorzuschlagen. Diese Änderung stellt eine formale Anpassung dar, die die Modalitäten der Ernennung nicht grundlegend verändert. Sie dient dazu, ausschließlich den Aktionären das Recht einzuräumen, eine Kandidatenliste vorzulegen.</p>
<p>6) Die gültige Hinterlegung der Liste bleibt bei Ausfall einzelner Kandidaten aufrecht; in die offenen Ränge rücken, der Reihe nach, die darauffolgenden Kandidaten nach.</p>	<p>6) Die gültige Hinterlegung der Liste bleibt bei Ausfall einzelner Kandidaten aufrecht; in die offenen Ränge rücken, der Reihe nach, die darauffolgenden Kandidaten nach.</p>	
<p>7) In der Versammlung wählen die Aktionäre die von ihnen bevorzugte Liste, ohne diese abändern oder ergänzen oder für mehr als eine Liste stimmen zu können.</p>	<p>7) In der Versammlung wählen die Aktionäre die von ihnen bevorzugte Liste, ohne diese abändern oder ergänzen oder für mehr als eine Liste stimmen zu können.</p>	
<p>8) Für die Wahl des Verwaltungsrats wird wie folgt vorgegangen:</p> <p>a) Falls mehrere Listen eingereicht worden sind, gelten aus der meistgewählten (die „Mehrheitsliste“), der Reihe nach, alle Kandidaten in den Verwaltungsrat gewählt, bis auf die, den Minderheitslisten zustehenden Ernennungen.</p> <p>Aus der zweit- und drittgewählten Liste, deren Stimmen jedenfalls mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals verkörpern, und die von, mit den Einreichern oder Wählern der Mehrheitsliste nicht, auch nicht indirekt, verbundenen Aktionären</p>	<p>8) Für die Wahl des Verwaltungsrats wird wie folgt vorgegangen:</p> <p>a) Falls mehrere Listen eingereicht worden sind, gelten aus der meistgewählten (die „Mehrheitsliste“), der Reihe nach, alle Kandidaten in den Verwaltungsrat gewählt, bis auf die, den Minderheitslisten zustehenden Ernennungen.</p> <p>Aus der zweit- und drittgewählten Liste, deren Stimmen jedenfalls mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals verkörpern, und die von, mit den Einreichern oder Wählern der Mehrheitsliste nicht, auch nicht indirekt, verbundenen Aktionären</p>	

eingereicht oder gewählt worden sind (die „Minderheitslisten“) gilt in den Verwaltungsrat, der Reihe nach, der jeweils erste Kandidat gewählt, der die Zusammensetzung des Rats nach Wohnsitz gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung erfüllt.

Geht aus dem Wahlergebnis nur eine Minderheitsliste hervor, gelten aus dieser, der Reihe nach, die ersten zwei Kandidaten in den Verwaltungsrat gewählt, die die Zusammensetzung des Rats nach Wohnsitz gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung erfüllen.

- b) Ist nur eine Liste gültig eingereicht worden, oder geht aus dem Wahlergebnis keine Minderheitsliste hervor, gelten in den Verwaltungsrat alle Kandidaten aus der einzigen Liste gewählt.
- c) Ist es nach Art. 21, Abs. 6 nicht möglich, alle Ratsmitglieder mit dem Verfahren aus diesem Abs. 8, Buchstabe (a) oder (b) zu ernennen oder sollte keine Liste fristgerecht eingereicht worden sein, wählt die Hauptversammlung mit relativer Stimmenmehrheit die fehlenden Ratsmitglieder unter den Kandidaten, die die Voraussetzungen, einschließlich jene aus Art. 20, Abs. 1 und 5 der Satzung erfüllen und in der Versammlung vom scheidenden Verwaltungsrat mit Mehrheitsbeschluss oder von den Aktionären vorgeschlagen werden.
- d) Bei Stimmengleichheit zwischen Listen, wählt die Versammlung mittels Stichwahl mit relativer Mehrheit.
- e) Führt die Wahl der Kandidaten aus den Listen in der oben beschriebenen Weise nicht zu einer Zusammensetzung des Verwaltungsrats, die den in Artikel 20 Absatz 1 der Geschlechter entspricht, wird der Kandidat des am stärksten vertretenen Geschlechts, der als letzter in der numerischen Reihenfolge aus der Liste gewählt wurde, die die meisten Stimmen erhalten hat, durch den ersten Kandidaten des weniger vertretenen Geschlechts

eingereicht oder gewählt worden sind (die „Minderheitslisten“) gilt in den Verwaltungsrat, der Reihe nach, der jeweils erste Kandidat gewählt, der die Zusammensetzung des Rats nach Wohnsitz gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung erfüllt.

Geht aus dem Wahlergebnis nur eine Minderheitsliste hervor, gelten aus dieser, der Reihe nach, die ersten zwei Kandidaten in den Verwaltungsrat gewählt, die die Zusammensetzung des Rats nach Wohnsitz gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung erfüllen.

- b) Ist nur eine Liste gültig eingereicht worden, oder geht aus dem Wahlergebnis keine Minderheitsliste hervor, gelten in den Verwaltungsrat alle Kandidaten aus der einzigen Liste gewählt.
- c) Ist es nach Art. 21, Abs. 6 nicht möglich, alle Ratsmitglieder mit dem Verfahren aus diesem Abs. 8, Buchstabe (a) oder (b) zu ernennen oder sollte keine Liste fristgerecht eingereicht worden sein, wählt die Hauptversammlung mit relativer Stimmenmehrheit die fehlenden Ratsmitglieder unter den Kandidaten, die die Voraussetzungen, einschließlich jene aus Art. 20, Abs. 1 und 5 der Satzung erfüllen und in der Versammlung vom scheidenden Verwaltungsrat mit Mehrheitsbeschluss oder von den Aktionären vorgeschlagen werden.
- d) Bei Stimmengleichheit zwischen Listen, wählt die Versammlung mittels Stichwahl mit relativer Mehrheit.
- e) Führt die Wahl der Kandidaten aus den Listen in der oben beschriebenen Weise nicht zu einer Zusammensetzung des Verwaltungsrats, die den in Artikel 20 Absatz 1 der Geschlechter entspricht, wird der Kandidat des am stärksten vertretenen Geschlechts, der als letzter in der numerischen Reihenfolge aus der Liste gewählt wurde, die die meisten Stimmen erhalten hat, durch den ersten Kandidaten des weniger vertretenen Geschlechts

ersetzt, der aus derselben Liste in numerischer Reihenfolge nicht gewählt wurde. Ist es erforderlich, mehr als ein Mitglied des Verwaltungsrats eines anderen Geschlechts zu ernennen, so wird ein solches Ersetzungsverfahren so lange durchgeführt, bis die Zusammensetzung des Verwaltungsrats den jeweils Vorschriften Gleichgewicht der Geschlechter entspricht. Ist es auch bei Anwendung dieses Kriteriums nicht möglich, Verwaltungsratsmitglieder mit den vorgenannten Eigenschaften zu ermitteln, gilt das angegebene Ersetzungskriterium für die Minderheitslisten mit der höchsten Stimmenzahl, aus denen die gewählten Kandidaten hervorgegangen sind; wird auch bei Anwendung der vorgenannten Ersetzungskriterien kein geeigneter Ersatz ermittelt, beschließt die Hauptversammlung mit relativer Mehrheit nach Ernennung von Kandidaten, die dem weniger vertretenen Geschlecht angehören.

ersetzt, der aus derselben Liste in numerischer Reihenfolge nicht gewählt wurde. Ist es erforderlich, mehr als ein Mitglied des Verwaltungsrats eines anderen Geschlechts zu ernennen, so wird ein solches Ersetzungsverfahren so lange durchgeführt, bis die Zusammensetzung des Verwaltungsrats den jeweils Vorschriften Gleichgewicht der Geschlechter entspricht. Ist es auch bei Anwendung dieses Kriteriums nicht möglich, Verwaltungsratsmitglieder mit den vorgenannten Eigenschaften zu ermitteln, gilt das angegebene Ersetzungskriterium für die Minderheitslisten mit der höchsten Stimmenzahl, aus denen die gewählten Kandidaten hervorgegangen sind; wird auch bei Anwendung der vorgenannten Ersetzungskriterien kein geeigneter Ersatz ermittelt, beschließt die Hauptversammlung mit relativer Mehrheit nach Ernennung von Kandidaten, die dem weniger vertretenen Geschlecht angehören.

Art. 22 – Ersatz der Verwaltungsratsmitglieder

- 1) Scheiden im Laufe des Geschäftsjahres ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder aus irgendeinem Grund aus dem Amt aus, so werden sie in der Reihenfolge der Listen, aus denen die zu ersetzenden Verwaltungsratsmitglieder hervorgegangen sind, durch die nicht gewählten Kandidaten ersetzt, die noch zur Verfügung stehen und die Voraussetzungen für das Amt erfüllen, einschließlich des Wohnsitzes und, falls der Verwaltungsrat gemäß Artikel 20 Absatz 5 der Satzung ergänzt werden muss, das erforderliche Unabhängigkeitsprofil aufweisen, wobei gilt, dass die Ersatzmitglieder demselben Geschlecht angehören müssen wie die Verwaltungsratsmitglieder, die aus dem Amt ausgeschieden sind, wenn mit dem Ausscheiden der Verwaltungsratsmitglieder das zwischen den verschiedenen Geschlechtern verloren geht. Nicht gewählte Kandidaten, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, können nicht nachrücken.

Art. 22 – Ersatz der Verwaltungsratsmitglieder

- 1) Scheiden im Laufe des Geschäftsjahres ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder aus irgendeinem Grund aus dem Amt aus, so werden sie in der Reihenfolge der Listen, aus denen die zu ersetzenden Verwaltungsratsmitglieder hervorgegangen sind, durch die nicht gewählten Kandidaten ersetzt, die noch zur Verfügung stehen und die Voraussetzungen für das Amt erfüllen, einschließlich des Wohnsitzes und, falls der Verwaltungsrat gemäß Artikel 20 Absatz 5 der Satzung ergänzt werden muss, das erforderliche Unabhängigkeitsprofil aufweisen, wobei gilt, dass die Ersatzmitglieder demselben Geschlecht angehören müssen wie die Verwaltungsratsmitglieder, die aus dem Amt ausgeschieden sind, wenn mit dem Ausscheiden der Verwaltungsratsmitglieder das zwischen den verschiedenen Geschlechtern verloren geht. Nicht gewählte Kandidaten, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, können nicht nachrücken.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>2) Kann durch Vorgehen gemäß vorangehendem Abs. 1 der Verwaltungsrat nicht vervollständigt werden, kann der Rat für Ersatz sorgen, vorausgesetzt, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder immer von der Hauptversammlung ernannt worden ist. Die Kooptation berücksichtigt die Voraussetzungen für die Mandatsausübung und die Auflagen zu Wohnsitz und Unabhängigkeit aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung. Für die Kooptation finden jedenfalls die Bestimmungen aus Art. 21, Absatz 5-bis der Satzung Anwendung.</p> <p>Die Kooptation wird mit absoluter Mehrheit, gerundet auf die nächste Einheit, der Ratsmitglieder im Amt und mit Zuspruch des Aufsichtsrats beschlossen.</p> <p>3) Die durch Nachrücken gemäß vorangehendem Abs. 1 aufgenommenen Ratsmitglieder übernehmen die Restdauer des Mandats ihrer Vorgänger.</p> <p>4) Die kooptierten Ratsmitglieder bleiben bis zur ersten nächsten Hauptversammlung im Amt. Diese sorgt für den Ersatz durch Wahl ohne Listen mit relativer Stimmenmehrheit unter einzelnen Kandidaten die ihre Wahlbewerbung samt Unterlagen nach Art. 20 der Satzung, am Rechtssitz der Gesellschaft, mindestens zehn Tage vor der Hauptversammlung in einmaliger oder in erster Einberufung hinterlegt haben.</p> <p>Die von der Versammlung gewählten Ratsmitglieder übernehmen die Restdauer des Mandats ihrer Vorgänger.</p>	<p>2) Kann durch Vorgehen gemäß vorangehendem Abs. 1 der Verwaltungsrat nicht vervollständigt werden, kann der Rat für Ersatz sorgen, vorausgesetzt, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder immer von der Hauptversammlung ernannt worden ist. Die Kooptation berücksichtigt die Voraussetzungen für die Mandatsausübung und die Auflagen zu Wohnsitz und Unabhängigkeit aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung. Für die Kooptation finden jedenfalls die Bestimmungen aus Art. 21, Absatz 5-bis der Satzung Anwendung.</p> <p>Die Kooptation wird mit absoluter Mehrheit, gerundet auf die nächste Einheit, der Ratsmitglieder im Amt und mit Zuspruch des Aufsichtsrats beschlossen.</p> <p>3) Die durch Nachrücken gemäß vorangehendem Abs. 1 aufgenommenen Ratsmitglieder übernehmen die Restdauer des Mandats ihrer Vorgänger.</p> <p>4) Die kooptierten Ratsmitglieder bleiben bis zur ersten nächsten Hauptversammlung im Amt. Diese sorgt für den Ersatz durch Wahl ohne Listen mit relativer Stimmenmehrheit unter einzelnen Kandidaten die ihre Wahlbewerbung samt Unterlagen nach Art. 20 der Satzung, am Rechtssitz der Gesellschaft, mindestens zehn Tage vor der Hauptversammlung in einmaliger oder in erster Einberufung hinterlegt haben.</p> <p>Die von der Versammlung gewählten Ratsmitglieder übernehmen die Restdauer des Mandats ihrer Vorgänger.</p>	
<p>Art. 23 – Ämter im Verwaltungsrat</p> <p>1) Der Verwaltungsrat wählt mit absoluter Mehrheit, gerundet auf die nächste Einheit, aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen oder zwei Vizepräsidenten für die Zeit bis zum Ablauf deren Amtszeit als Ratsmitglieder.</p>	<p>Art. 23 – Ämter im Verwaltungsrat</p> <p>1) Der Verwaltungsrat wählt mit absoluter Mehrheit, gerundet auf die nächste Einheit, aus seiner Mitte einen Präsidenten und einen oder zwei Vizepräsidenten für die Zeit bis zum Ablauf deren Amtszeit als Ratsmitglieder.</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>2) Der Präsident - der die in den jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehenen beruflichen Anforderungen erfüllen muss - fördert das wirksame Funktionieren des Corporate-Governance-Systems und des Verwaltungsrats, sorgt für einen wirkungsvollen Austausch im Verwaltungsrat, indem er darauf hinwirkt, dass die gefassten Beschlüsse das Ergebnis einer angemessenen Aussprache und eines bewussten und begründeten Beitrags aller Mitglieder des Verwaltungsrats sind, und sorgt für ein Gleichgewicht der Befugnisse gegenüber den anderen exekutiven Mitgliedern des Verwaltungsrats, und fungiert als Ansprechpartner für den Aufsichtsrats und die Ausschüsse des Verwaltungsrats.. Die Aufgaben des Präsidenten setzen voraus, dass er keine Durchführungsbefugnisse und geschäftsführende Tätigkeiten, auch nicht de facto, ausübt mit Ausnahme der Geschäfte aus nachfolgendem Abs. 3.</p>	<p>2) Der Präsident - der die in den jeweils geltenden Gesetzen und Vorschriften vorgesehenen spezifischen beruflichen Anforderungen erfüllen muss - fördert das wirksame Funktionieren des Corporate-Governance-Systems und des Verwaltungsrats, sorgt für einen wirkungsvollen Austausch im Verwaltungsrat, indem er darauf hinwirkt, dass die gefassten Beschlüsse das Ergebnis einer angemessenen Aussprache und eines bewussten und begründeten Beitrags aller Mitglieder des Verwaltungsrats sind, und sorgt für ein Gleichgewicht der Befugnisse gegenüber dem geschäftsführenden Verwaltungsrat, sofern dieser ernannt wurde, und den anderen exekutiven Mitgliedern des Verwaltungsrats, und fungiert als Ansprechpartner für den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Verwaltungsrats und der Generaldirektion, sofern kein geschäftsführender Verwaltungsrat ernannt wurde. Die Aufgaben des Präsidenten setzen voraus, dass er keine Durchführungsbefugnisse und geschäftsführende Tätigkeiten, auch nicht de facto, ausübt mit Ausnahme der Geschäfte aus nachfolgendem Abs. 3.</p>	<p>Die Satzungsänderung definiert die speziellen Anforderungen an den Präsidenten im Vergleich zu anderen Verwaltungsratsmitgliedern.</p> <p>Der geschäftsführende Verwaltungsrat wird in die Liste der Personen aufgenommen, bei denen der Präsident des Verwaltungsrats auf die Wahrung des Kräfteverhältnisses zu achten hat.</p>
<p>3) In Dringlichkeitsfällen kann der Präsident oder, bei Abwesenheit oder Verhinderung, ein Vizepräsident, auf Vorschlag des Generaldirektors oder dessen Stellvertreters, Maßnahmen in Zuständigkeit des Verwaltungsrats oder des Vollzugsausschuss, sofern ernannt, anordnen. Über die Anordnung muss dem, in der Regel, zuständigen Organ in der nächsten Sitzung berichtet werden.</p>	<p>3) In Dringlichkeitsfällen kann der Präsident oder, bei Abwesenheit oder Verhinderung, ein Vizepräsident, auf Vorschlag des geschäftsführenden Verwaltungsrats, falls ernannt, des Generaldirektors oder dessen Stellvertreters, Maßnahmen in Zuständigkeit des Verwaltungsrats oder des Vollzugsausschuss, sofern ernannt, anordnen. Über die Anordnung muss dem, in der Regel, zuständigen Organ in der nächsten Sitzung berichtet werden.</p>	<p>Der geschäftsführende Verwaltungsrat wird der Liste der Personen hinzugefügt, die im Bedarfsfall Maßnahmen ergreifen dürfen, die normalerweise zum Aufgabengebiet des Verwaltungsrats gehören.</p>
<p>4) Der Präsident stellt sicher,</p> <p>a) dass sich der Verwaltungsrat vorschriftsgemäß einem effizienten Selbstbewertungsverfahren unterzieht, das der Komplexität des Mandats gerecht wird und dass die erforderlichen</p>	<p>4) Der Präsident stellt sicher,</p> <p>a) dass sich der Verwaltungsrat vorschriftsgemäß einem effizienten Selbstbewertungsverfahren unterzieht, das der Komplexität des Mandats gerecht wird und dass die erforderlichen</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Korrekturmaßnahmen zur Behebung eventuell festgestellter Schwachpunkte umgesetzt werden;	Korrekturmaßnahmen zur Behebung eventuell festgestellter Schwachpunkte umgesetzt werden;	
b) dass die Gesellschaft für die Gesellschaftsorgane Einführungsprogramme und Schulungspläne bereitstellt und umsetzt	b) dass die Gesellschaft für die Gesellschaftsorgane Einführungsprogramme und Schulungspläne bereitstellt und umsetzt	
5) Der / Die Vizepräsidenten ersetzen den Präsidenten bei Abwesenheit oder Verhinderung; dabei gilt: Hat der Verwaltungsrat zwei Vizepräsidenten ernannt, erfolgt die Vertretung nach Amtsalter der Vizepräsidenten in dieser Funktion und bei Gleichheit, nach höherem Lebensalter. Sind der Präsident und die Vizepräsidenten abwesend oder verhindert, werden die entsprechenden Befugnisse, wenn nicht vom Verwaltungsrat anders entschieden, vom Ratsmitglied mit der höchsten Amtszeit und bei Gleichheit, vom Ratsmitglied mit höherem Lebensalter übernommen.	5) Der / Die Vizepräsidenten ersetzen den Präsidenten bei Abwesenheit oder Verhinderung; dabei gilt: Hat der Verwaltungsrat zwei Vizepräsidenten ernannt, erfolgt die Vertretung nach Amtsalter der Vizepräsidenten in dieser Funktion und bei Gleichheit, nach höherem Lebensalter. Sind der Präsident und die Vizepräsidenten abwesend oder verhindert, werden die entsprechenden Befugnisse, wenn nicht vom Verwaltungsrat anders entschieden, vom nicht exekutiven Ratsmitglied mit der höchsten Amtszeit und bei Gleichheit, vom nicht exekutiven Ratsmitglied mit höherem Lebensalter übernommen.	Die Änderung legt fest, welche Ämter im Falle einer Vertretung des Präsidenten zuständig sind, um die Verteilung der Zuständigkeiten klarzustellen.
6) Fallen im Laufe des Geschäftsjahrs der Präsident oder ein Vizepräsident aus, nimmt der nach Art. 22 der Satzung vervollständigte Verwaltungsrat die Neubesetzung vor.	6) Fallen im Laufe des Geschäftsjahrs der Präsident, oder ein Vizepräsident oder der geschäftsführende Verwaltungsrat, sofern ernannt , aus, nimmt der nach Art. 22 der Satzung vervollständigte Verwaltungsrat die Neubesetzung vor.	Der geschäftsführende Verwaltungsrat wird in die Liste der zu ersetzenden Vertreter aufgenommen, wenn diese ausscheiden.
7) Der Verwaltungsrat kann aus seiner Mitte einen Schriftführer bestellen oder damit den Generaldirektor oder, auf dessen Vorschlag, einen Mitarbeiter der Gesellschaft beauftragen.	7) Der Verwaltungsrat kann aus seiner Mitte einen Schriftführer bestellen oder damit den Generaldirektor oder, auf dessen Vorschlag, einen Mitarbeiter der Gesellschaft beauftragen.	
Art. 24 – Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder	Art. 24 – Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder	
1) Die Jahresvergütung für den Verwaltungsrat und die Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und der bestellten Ausschüsse, werden von der Hauptversammlung bei der Wahl des Verwaltungsrats für die Dauer des Mandats festgesetzt.	1) Die Jahresvergütung für den Verwaltungsrat und die Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und der bestellten Ausschüsse, werden von der Hauptversammlung bei der Wahl des Verwaltungsrats für die Dauer des Mandats festgesetzt.	
2) Die Vergütung für die, von der Satzung vorgesehenen Ämter im Verwaltungsrat kann vom Verwaltungsrat, nach Anhören des Aufsichtsrats, im	2) Die Vergütung für die von in der Satzung und von den sektoriellen Bestimmungen vorgesehenen Ämter im Verwaltungsrat kann vom Verwaltungsrat,	Die Änderung präzisiert den Umfang der „besonderen Ämter“ von den Verwaltungsratsmitgliedern, sodass der

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Einklang mit dem von der Hauptversammlung beschlossenen Vergütungssystem festgesetzt werden.	nach Anhören des Aufsichtsrats, im Einklang mit dem von der Hauptversammlung beschlossenen Vergütungssystem festgesetzt werden.	Verwaltungsrat nach Anhörung des Aufsichtsrats einen Beschluss zur Gewährung spezifischer Vergütungen fassen kann.
3) Die Ratsmitglieder haben Anspruch auf Vergütung der in Ausübung ihres Mandats getragenen Kosten.	3) Die Ratsmitglieder haben Anspruch auf Vergütung der in Ausübung ihres Mandats getragenen Kosten.	
Art. 25 – Sitzungen des Verwaltungsrats	Art. 25 – Sitzungen des Verwaltungsrats	
1) Die ordentliche Einberufung des Verwaltungsrats erfolgt mindestens einmal im Monat und in außerordentlicher Einberufung immer dann, wenn der Präsident es für notwendig erachtet oder auf begründeten Antrag des Aufsichtsrats oder von mindestens 1/3 (ein Drittel) der Ratsmitglieder.	1) Die ordentliche Einberufung des Verwaltungsrats erfolgt mindestens einmal im Monat und in außerordentlicher Einberufung immer dann, wenn der Präsident es für notwendig erachtet oder auf begründeten Antrag des Aufsichtsrats oder von mindestens 1/3 (ein Drittel) der Ratsmitglieder.	
2) Die Einberufung erfolgt durch Mitteilung des Präsidenten oder dessen Stellvertreters mindestens fünf Tage vor dem für die Sitzung festgesetzten Termin, außer in Dringlichkeitsfällen für die eine Frist von mindestens 24 Stunden einzuhalten ist. Die Einberufung kann in Papierform oder elektronisch erfolgen und mit jedem Kommunikationsmittel mit dem eine Empfangsbestätigung nachweisbar ist. Über die Einberufung sind die ordentlichen Aufsichtsräte in gleicher Weise zu benachrichtigen.	2) Die Einberufung erfolgt durch Mitteilung des Präsidenten oder dessen Stellvertreters mindestens fünf Tage vor dem für die Sitzung festgesetzten Termin, außer in Dringlichkeitsfällen, für die eine Frist von mindestens 24 Stunden einzuhalten ist. Die Einberufung kann in Papierform oder digital elektronisch erfolgen und mit jedem Kommunikationsmittel, mit dem eine Empfangsbestätigung nachweisbar ist. Über die Einberufung sind die ordentlichen Aufsichtsräte in gleicher Weise zu benachrichtigen.	Diese Änderung passt die Wortwahl an.
3) Die Sitzungen des Verwaltungsrats können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden, unter der Voraussetzung, dass die Identität aller Teilnehmer mit Sicherheit festgestellt werden kann und diese sich an der Sitzung beteiligen, Dokumente einsehen, empfangen oder übermitteln können und dass die Art der Abhaltung einer korrekten und vollständigen Protokollierung nicht im Weg steht. Das Bestehen dieser Voraussetzungen muss im Sitzungsprotokoll erfasst werden. Damit gelten die Sitzungen als an jenem Ort gehalten, an dem sich der Präsident und der Schriftführer befinden.	3) Die Sitzungen des Verwaltungsrats können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden, unter der Voraussetzung, dass die Identität aller Teilnehmer mit Sicherheit festgestellt werden kann und diese sich an der Sitzung beteiligen, Dokumente einsehen, empfangen oder übermitteln können und dass die Art der Abhaltung einer korrekten und vollständigen Protokollierung nicht im Weg steht. Das Bestehen dieser Voraussetzungen muss im Sitzungsprotokoll erfasst werden. Damit gelten die Sitzungen als an jenem Ort gehalten, an dem sich der Präsident und der Schriftführer befinden.	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
4) Den Vorsitz der Sitzungen führt der Präsident. Die Sitzung ist mit Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats beschlussfähig.	4) Den Vorsitz der Sitzungen führt der Präsident. Die Sitzung ist mit Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrats beschlussfähig.	
5) Der Verwaltungsrat beschließt mit eigener Geschäftsordnung den Feststellungsablauf zur Erhebung der als optimal erachteten qualitativen Ratszusammensetzung, die Abwicklung seiner Amtshandlungen und das eigene Selbstbewertungsverfahren.	5) Der Verwaltungsrat beschließt mit eigener Geschäftsordnung den Feststellungsablauf zur Erhebung der als optimal erachteten qualitativen Ratszusammensetzung, die Abwicklung seiner Amtshandlungen und das eigene Selbstbewertungsverfahren.	
Art. 26 – Beschlüsse des Verwaltungsrats	Art. 26 – Beschlüsse des Verwaltungsrats	
1) Der Verwaltungsrat beschließt auf Vorschlag der Ratsmitglieder oder des Generaldirektors.	1) Der Verwaltungsrat beschließt auf Vorschlag der Ratsmitglieder oder des Generaldirektors.	
2) Unbeschadet etwaiger Bestimmungen der eigenen Geschäftsordnung, beschließt der Verwaltungsrat mit offener Abstimmung. Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.	2) Unbeschadet etwaiger Bestimmungen der eigenen Geschäftsordnung, beschließt der Verwaltungsrat mit offener Abstimmung. Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit der anwesenden Ratsmitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.	
3) Die Ratsmitglieder sind gehalten den Verwaltungsrat und den Aufsichtsrat über jedes Interesse zu informieren, das sie für sich oder für Dritte in einem Geschäft der Gesellschaft haben, unter Offenlegung von Art, Bedingung, Ursprung und Ausmaß. Dabei muss der Beschluss des Verwaltungsrats den Geschäftsabschluss und den Nutzen für die Gesellschaft angemessen begründen.	3) Die Ratsmitglieder sind gehalten den Verwaltungsrat und den Aufsichtsrat über jedes Interesse zu informieren, das sie für sich oder für Dritte in einem Geschäft der Gesellschaft haben, unter Offenlegung von Art, Bedingung, Ursprung und Ausmaß. Handelt es sich um den geschäftsführenden Verwaltungsrat, muss dieser ebenfalls von der Durchführung der Transaktionen absehen und diese dem Kollegialorgan übertragen. In diesem Fall—In den in diesem Absatz vorgesehenen Fällen Dabei muss der Beschluss des Verwaltungsrats den Geschäftsabschluss und den Nutzen für die Gesellschaft angemessen begründen. In jedem Fall enthalten sich die Verwaltungsratsmitglieder der Stimme bei Beschlüssen, bei denen sie in eigenem Namen oder im Namen Dritter ein gegensätzliches Interesse haben.	Es wird darauf hingewiesen, dass der geschäftsführende Verwaltungsrat im Falle der Mitteilung eines Interesses seitens des Verwaltungsratsmitglieds ebenfalls davon Abstand nehmen muss, Geschäfte zu tätigen, und diese dem Kollegialorgan zu übertragen hat. Diese Änderung entspricht den Bestimmungen von Art. 2391 des Zivilgesetzbuches und Art. 53 Abs. 4 TUB.

Art. 27 – Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrats

- 1) Die Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Sitzungsvorsitzenden und des Schriftführers festgestellt.
- 2) Das Protokollbuch und die vom Sitzungsvorsitzenden und vom Schriftführer für gleichlautend bestätigten Auszüge gelten als Nachweis der Sitzung und der gefassten Beschlüsse.

Art. 28 – Befugnisse des Verwaltungsrats

- 1) Der Verwaltungsrat ist für die strategische Aufsicht und Leitung verantwortlich und verfügt über alle Befugnisse der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung der Gesellschaft zur Umsetzung des Gesellschaftszwecks, unbeschadet der Notwendigkeit einer besonderen Ermächtigung in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen und unbeschadet der in die Zuständigkeit der Hauptversammlung fallenden Handlungen.
- 2) Zusätzlich zu den Befugnissen, die und den jeweils geltenden Rechtsvorschriften nicht delegiert werden können, ist der Verwaltungsrat ausschließlich für Entscheidungen zuständig, die Folgendes betreffen:
 - a) die Ausrichtung der Geschäftsführung, Aufbauordnung und Ablauforganisation, die Unternehmensplanung, die Strategie- und Finanzpläne der Gesellschaft, die strategisch relevanten Geschäftsabschlüsse sowie, im Rahmen der Führungs- und Koordinationstätigkeit der

Art. 27 – Sitzungsprotokolle des Verwaltungsrats

- 1) Die Sitzungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Sitzungsvorsitzenden und des Schriftführers festgestellt.
- 2) Das Protokollbuch und die vom Sitzungsvorsitzenden und vom Schriftführer für gleichlautend bestätigten Auszüge gelten als Nachweis der Sitzung und der gefassten Beschlüsse.

Art. 28 – Befugnisse des Verwaltungsrats

- 1) Der Verwaltungsrat ist für die strategische Aufsicht und Leitung verantwortlich und verfügt über alle Befugnisse der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung der Gesellschaft zur Umsetzung des Gesellschaftszwecks, unbeschadet der Notwendigkeit einer besonderen Ermächtigung in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen und unbeschadet der in die Zuständigkeit der Hauptversammlung fallenden Handlungen.
 Der Verwaltungsrat fördert den effektiven dialektischen Austausch mit dem geschäftsführenden Verwaltungsrat und mit den Verantwortlichen der wichtigsten Unternehmensfunktionen und überprüft im Laufe der Zeit die von diesen getroffenen Entscheidungen.
- 2) Zusätzlich zu den Befugnissen, die und den jeweils geltenden Rechtsvorschriften nicht delegiert werden können, ist der Verwaltungsrat ausschließlich für Entscheidungen zuständig, die Folgendes betreffen:
 - a) die Ausrichtung der Geschäftsführung, Aufbauordnung und Ablauforganisation, die Unternehmensplanung, die Strategie- und Finanzpläne der Gesellschaft, die strategisch relevanten Geschäftsabschlüsse sowie, im Rahmen der Führungs- und Koordinationstätigkeit der

Absatz 1 sowie Absatz 2 Buchstabe I) sehen vor, dass der Verwaltungsrat einen effektiven Dialog mit dem geschäftsführenden Verwaltungsrat sicherstellt und die von diesem getroffenen Entscheidungen, sowie Beschlüsse kontinuierlich evaluiert. Darüber hinaus obliegen die Ernennung und Abberufung des geschäftsführenden Verwaltungsrats sowie die Festlegung des Umfangs und der Grenzen seiner Befugnisse der Zuständigkeit des Verwaltungsrats.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Bankengruppe, die Anweisungen an die Tochtergesellschaften zur Umsetzung der im Interesse der Stabilität der Gruppe von Banca d'Italia und den anderen Aufsichtsbehörden erlassenen Anordnungen;	Bankengruppe, die Anweisungen an die Tochtergesellschaften zur Umsetzung der im Interesse der Stabilität der Gruppe von Banca d'Italia und den anderen Aufsichtsbehörden erlassenen Anordnungen;	
	b) die Überwachung der korrekten und einheitlichen Umsetzung der unter Punkt a) genannten Leitlinien und Pläne bei der Führung der Gesellschaft und der Bankengruppe;	Die satzungsmäßige Bestimmung wird an die gängige Marktpraxis angepasst, was eine Änderung/Einführung der Buchstaben (b), (g), (j), (k), (l), (q), (s), (t), (v), (x), (bb), (ee), (hh) und (ii) zur Folge hat. <i>Neben den Ergänzungen im Zusammenhang mit der Angleichung an die Marktpraxis berücksichtigt die Änderung in Bezug auf Immobilien und dingliche Rechte den Prozess der Ausweitung des Angebots auf den Leasingsektor und hebt die Beschränkung der geltenden Satzung auf, wonach jede Immobilieninvestition in die ausschließliche, nicht übertragbare Zuständigkeit des Verwaltungsrats fällt.</i>
b) die Verabschiedung und zumindest jährliche Prüfung der Organisationsstruktur;	b) c) die Verabschiedung und zumindest jährliche Prüfung der Organisationsstruktur;	
c) die Rahmenbedingungen zur Befugnis- und Verantwortungsübertragung in der Unternehmensstruktur sowie die Einführung und Abänderung der wesentlichen internen Geschäftsordnungen;	c) d) die Rahmenbedingungen zur Befugnis- und Verantwortungsübertragung in der Unternehmensstruktur sowie die Einführung und Abänderung der wesentlichen internen Geschäftsordnungen;	
d) die Prüfung der allgemeinen Geschäftsentwicklung;	d) e) die Prüfung der allgemeinen Geschäftsentwicklung;	
e) die Risikosteuerung, die Evaluierung von Prozessablauf, Effizienz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, das Auditverfahren zur organisatorischen, verwaltungstechnischen und buchhalterischen Aufbauordnung;	e) f) die Risikosteuerung, die Evaluierung von Prozessablauf, Effizienz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, das Auditverfahren zur organisatorischen, verwaltungstechnischen und buchhalterischen Aufbauordnung;	
	g) die Genehmigung der Rechnungslegungs- und Berichterstattungssysteme;	
f) die Festlegung des internen Informationssystems und die laufende Prüfung bezüglich seiner	f) h) die Festlegung des internen Informationssystems und die laufende Prüfung bezüglich seiner	

Geltender Text			Vorgeschlagener Text			Anmerkung
Angemessenheit,	Vollständigkeit	und	Angemessenheit,	Vollständigkeit	und	
Rechtzeitigkeit;			Rechtzeitigkeit;			
g) die Festsetzung der Richtlinien für die Koordinierung und Leitung der Gesellschaften der Unternehmensgruppe;			g) i) die Festsetzung der Richtlinien für die Koordinierung und Leitung der Gesellschaften der Unternehmensgruppe;			
			j) die Überwachung des Prozesses der Information der Öffentlichkeit und der Kommunikation der Bank;			
			k) die Unternehmenspolitik im Bereich der Auslagerung von Unternehmensfunktionen;			
			l) die Ernennung und Abberufung des geschäftsführenden Verwaltungsrats, den Inhalt und die Festlegung der Befugnisse;			
h) die Ernennung und Abberufung sowie die Vergütung des Generaldirektors, der Beigeordneten der Generaldirektion und der leitenden Mitarbeiter mit Einstufung „Dirigente“;			h)m) die Ernennung und Abberufung sowie die Vergütung des Generaldirektors, der Beigeordneten der Generaldirektion und der leitenden Mitarbeiter mit Einstufung „Dirigente“;			
i) die Ernennung und Abberufung, nach Anhören des Aufsichtsrats, der Verantwortlichen der internen Kontrollfunktionen;			i) n) die Ernennung und Abberufung, nach Anhören des Aufsichtsrats, der Verantwortlichen der internen Kontrollfunktionen;			
j) nach zwingender Anhörung des Aufsichtsrats, die Bestellung des internen Buchprüfers, aus den leitenden Mitarbeitern mit Einstufung „Dirigente“ und verwaltungstechnischer und buchhalterischer Fachkompetenz, erworben in einer entsprechenden und für eine angemessene Zeit bekleideten Verantwortungsstelle im Kredit- und Finanzsektor.			j) o) nach zwingender Anhörung des Aufsichtsrats, die Bestellung des internen Buchprüfers, aus den leitenden Mitarbeitern mit Einstufung „Dirigente“ und verwaltungstechnischer und buchhalterischer Fachkompetenz, erworben in einer entsprechenden und für eine angemessene Zeit bekleideten Verantwortungsstelle im Kredit- und Finanzsektor.			
k) die Prüfung auf Kohärenz des Vergütungs- und Prämiensystems für Verwaltungsräte, Angestellte und freie Mitarbeiter mit der langfristigen strategischen Ausrichtung der Gesellschaft;			k) p) die Prüfung auf Kohärenz des Vergütungs- und Prämiensystems für Verwaltungsräte, Angestellte und freie Mitarbeiter mit der langfristigen strategischen Ausrichtung der Gesellschaft;			
			q) Beschlüsse über Tarifverträge und der Angestellten der Gesellschaft;			
l) die eventuelle Bildung von beratenden Ausschüssen und Unternehmens-Beiräten unter Vorgabe deren Zusammensetzung, Befugnisse und Funktionsweise;			l) r) die eventuelle Bildung von beratenden Ausschüssen und Unternehmens-Beiräten unter Vorgabe deren Zusammensetzung, Befugnisse und Funktionsweise;			

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
m) den Erwerb und die Abtretung von Beteiligungen, Unternehmen und Geschäftseinheiten die 0,1% des Nettovermögens aus dem genehmigten Jahresabschluss der Gesellschaft überschreiten sowie den Erwerb von über 10% der Geschäftsanteile mit Stimmrecht in anderen Gesellschaften;	m) s) den Erwerb und die Abtretung von Beteiligungen, Unternehmen und Geschäftseinheiten die 0,1% des Nettovermögens aus dem genehmigten Jahresabschluss der Gesellschaft überschreiten sowie den Erwerb von über 10% der Geschäftsanteile mit Stimmrecht in anderen Gesellschaften. Die Ernennung und Benennung der Mitglieder der Organe der Beteiligungsgesellschaften oder -einrichtungen;	<p>Insbesondere sieht Buchstabe (t) vor, dass der Verwaltungsrat die Befugnis erhält, die Ausführung bestimmter Transaktionen, die Immobilien oder dingliche Rechte betreffen, zu delegieren.</p> <p><i>Im Rahmen der Erweiterung und Diversifizierung ihres kommerziellen Angebots hat die Bank das Leasingprodukt als eine geeignete Lösung für Unternehmenskunden identifiziert.</i></p> <p><i>Die aktuellen Bestimmungen der Satzung sehen vor, dass „Kauf-, Tausch- und dingliche Geschäfte“ in die ausschließliche Zuständigkeit des Verwaltungsrats fallen und stellen damit ein operatives Hindernis für die Weiterentwicklung des Immobilienleasings dar.</i></p> <p><i>Der Verwaltungsrat schlägt daher vor, in Art. 28 Abs. 2 Buchstabe (t) die Möglichkeit zu verankern, dass der Verwaltungsrat im Rahmen eines umfassenden Befugnisübertragungssystems, das die spezifischen Anforderungen des Leasings berücksichtigt, die für diese Tätigkeit notwendigen Befugnisse selbst delegieren kann.</i></p>
n) den Kauf, Verkauf und Tausch von Liegenschaften und dinglichen Rechten sowie die Errichtung von Immobilieneinheiten;	n) t) den Kauf, Verkauf und Tausch von Liegenschaften und dinglichen Rechten sowie die Errichtung von Immobilieneinheiten; der Verwaltungsrat ist befugt, die Durchführung bestimmter Transaktionen mit Bezug auf Immobilien oder dingliche Rechte unter Festlegung von Grenzen, Bedingungen und Modalitäten zu delegieren;	
o) die Ausgabe von nicht wandelbaren Anleihen und von wandelbaren Anleihen in Wertpapiere anderer Gesellschaften;	o) u) die Ausgabe von nicht wandelbaren Anleihen und von wandelbaren Anleihen in Wertpapiere anderer Gesellschaften;	
p) den Erwerb, die Einziehung und die Verfügung eigener Aktien;	p) v) den Erwerb, die Einziehung und die Verfügung eigener Aktien nach vorheriger Beschlussfassung durch die Hauptversammlung;	
q) auf Ermächtigung der außerordentlichen Hauptversammlung und gemäß den von ihr festgesetzten Vorgaben, die Erhöhung des	q) w) auf Ermächtigung der außerordentlichen Hauptversammlung und gemäß den von ihr festgesetzten Vorgaben, die Erhöhung des	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Gesellschaftskapitals und die Ausgabe von in Aktien der Gesellschaft wandelbare Anleihen; dabei werden dem Verwaltungsrat die Befugnisse über Form, Art und Beschränkung der Übertragung der neu ausgegebenen Aktien, Rechte der Arbeitnehmer-Aktionäre und Kriterien für die Zuweisung von Aktien an das Personal der Gesellschaft zu befinden, ausdrücklich übertragen;</p> <p>r) den Rücktritt der Aktionäre in den gesetzlich vorgesehenen Fällen;</p>	<p>Gesellschaftskapitals und die Ausgabe von in Aktien der Gesellschaft wandelbare Anleihen; dabei werden dem Verwaltungsrat die Befugnisse über Form, Art und Beschränkung der Übertragung der neu ausgegebenen Aktien, Rechte der Arbeitnehmer-Aktionäre und Kriterien für die Zuweisung von Aktien an das Personal der Gesellschaft zu befinden, ausdrücklich übertragen;</p> <p>r) den Rücktritt der Aktionäre in den gesetzlich vorgesehenen Fällen;</p>	<p>Darüber hinaus wird die Formulierung unter Buchstabe (r) in Absatz 2 aufgehoben, die durch den früheren Genossenschaftscharakter der Bank gerechtfertigt war.</p>
<p>s) die Fusion durch Übernahme gemäß Art. 2505 und 2505-bis Codice Civile;</p> <p>t) die Verlegung des Gesellschaftssitzes innerhalb der Gemeinde;</p> <p>u) die Einrichtung und Ordnung, auch hinsichtlich der Gesellschaftszeichnung, von Zweitsitzen, Niederlassungen und Vertretungen sowie deren Verlegung und Auflösung;</p> <p>v) die Anpassung der Satzung an gesetzliche Bestimmungen;</p>	<p>s) x) die Fusion durch Übernahme und Teilung gemäß Art. 2505, und 2505-bis und 2506-ter Zivilgesetzbuch Codice Civile;</p> <p>t) y) die Verlegung des Gesellschaftssitzes innerhalb der Gemeinde;</p> <p>u) z) die Einrichtung und Ordnung, auch hinsichtlich der Gesellschaftszeichnung, von Zweitsitzen, Niederlassungen und Vertretungen sowie deren Verlegung und Auflösung;</p> <p>v) aa) die Anpassung der Satzung an gesetzliche Bestimmungen;</p> <p>bb) die Kapitalherabsetzung im Falle des Ausscheidens eines Aktionärs;</p>	
<p>w) die Vorgabe der Kriterien für die Umsetzung der Anweisungen der Bankenaufsichtsbehörde.</p> <p>z) Genehmigung, Überprüfung und Aktualisierung des Sanierungsplans sowie dessen Änderung und Aktualisierung auf Ersuchen der Banca d'Italia;</p>	<p>w) cc) die Vorgabe der Kriterien für die Umsetzung der Anweisungen der Bankenaufsichtsbehörde.</p> <p>z) dd) Genehmigung, Überprüfung und Aktualisierung des Sanierungsplans sowie dessen Änderung und Aktualisierung auf Ersuchen der Banca d'Italia;</p>	
<p>aa) die Verabschiedung der Änderungen, die an der Geschäftstätigkeit, der Organisationsstruktur oder der Gesellschaftsform der Gesellschaft vorzunehmen sind, und der sonstigen Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele des Sanierungsplans erforderlich sind, sowie die Beseitigung der</p>	<p>aa) die Verabschiedung der Änderungen, die an der Geschäftstätigkeit, der Organisationsstruktur oder der Gesellschaftsform der Gesellschaft oder der Bankengruppe vorzunehmen sind, und der sonstigen Maßnahmen, die zur Erreichung der Ziele des Sanierungsplans erforderlich sind, sowie die</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Ursachen für das frühzeitige Eingreifen auf Verlangen der Banca d'Italia;	Beseitigung der Ursachen für das frühzeitige Eingreifen auf Verlangen der Banca d'Italia;	
bb) eine Entscheidung, eine im Sanierungsplan vorgesehene Maßnahme zu ergreifen oder gegebenenfalls von der Durchführung einer Maßnahme abzusehen;	bb) ff) eine Entscheidung, eine im Sanierungsplan vorgesehene Maßnahme zu ergreifen oder gegebenenfalls von der Durchführung einer Maßnahme abzusehen;	
cc) Genehmigung einer Leitlinie zur Förderung von Vielfalt und Integration.	ee) gg) Genehmigung einer Leitlinie zur Förderung von Vielfalt und Integration;	
	hh) Vorschlag eines Reglements der Versammlung, das der Hauptversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden soll;	
	ii) die Verabschiedung von Verhaltensregeln für die Angestellten der Bank, auch durch einen Ethikkodex, ein Organisations- und Verwaltungsmodell gemäß Gesetzesdekret Nr. 231 vom 8. Juni 2001 und nachfolgenden Änderungs-, Ergänzungs- oder Durchführungsbestimmungen.	
3) Der Verwaltungsrat berichtet dem Aufsichtsrat vierteljährlich über seine Tätigkeit und über die von der Gesellschaft und den Tochtergesellschaften durchgeführten Geschäfte die für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von Bedeutung sind.	3) Der Verwaltungsrat berichtet dem Aufsichtsrat vierteljährlich über seine Tätigkeit und über die von der Gesellschaft und den Tochtergesellschaften durchgeführten Geschäfte die für die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage von Bedeutung sind.	

Art. 29 – Vollzugsausschuss

- 1) Der Verwaltungsrat kann, bei gegebener operativer Komplexität und Größe, eigene Befugnisse, die nicht durch Gesetz oder Satzung seiner ausschließlichen Zuständigkeit vorbehalten sind, einem Vollzugsausschuss übertragen unter Vorgabe der Inhalte, Einschränkungen und Ausübungsbedingungen.
- Der Vollzugsausschuss besteht aus drei bis fünf Verwaltungsräten. Der Präsident des Verwaltungsrats kann nicht in den Vollzugsausschuss bestellt werden, kann aber den Sitzungen ohne Stimmrecht beiwohnen.
- Die eventuelle Benennung des Vollzugsausschusses bewirkt keine Einschränkung

Art. 29 – Vollzugsausschuss

- 1) Der Verwaltungsrat kann, bei gegebener operativer Komplexität und Größe **und sofern kein geschäftsführender Verwaltungsrat ernannt wurde**, eigene Befugnisse, die nicht durch Gesetz oder Satzung seiner ausschließlichen Zuständigkeit vorbehalten sind, einem Vollzugsausschuss übertragen unter Vorgabe der Inhalte, Einschränkungen und Ausübungsbedingungen.
- Der Vollzugsausschuss besteht aus drei bis fünf Verwaltungsräten. Der Präsident des Verwaltungsrats kann nicht in den

Es ist vorgesehen, dass der Verwaltungsrat seine Befugnisse nur dann an einen Vollzugsausschuss delegieren kann, wenn kein geschäftsführender Verwaltungsrat ernannt wurde.

Diese Änderung berücksichtigt die Aufsichtsbestimmungen der BI (Rundschreiben BI Nr. 285 vom 17. Dezember 2013, Teil I, Titel IV, Kapitel I, Abschnitt III, 2.2. Buchstabe i)), wonach „die gleichzeitige Anwesenheit eines Vollzugsausschuss und eines geschäftsführenden Verwaltungsrats oder mehrerer geschäftsführender Verwaltungsräte in größeren oder operativ komplexeren Banken gerechtfertigt

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>der Entscheidungsbefugnisse und der Verantwortung des Verwaltungsrats.</p> <p>Der Verwaltungsrat ernennt den Präsidenten des Vollzugsausschuss und, für dessen Abwesenheit oder Verhinderung, seinen Stellvertreter.</p>	<p>Vollzugsausschuss bestellt werden, kann aber den Sitzungen ohne Stimmrecht beiwohnen.</p> <p>Die eventuelle Benennung des Vollzugsausschusses bewirkt keine Einschränkung der Entscheidungsbefugnisse und der Verantwortung des Verwaltungsrats.</p> <p>Der Verwaltungsrat ernennt den Präsidenten des Vollzugsausschuss und, für dessen Abwesenheit oder Verhinderung, seinen Stellvertreter.</p>	<p><i>ist und eine klare Aufteilung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten erfordert. [...]“.</i></p>
<p>2) Der Vollzugsausschuss tritt zusammen, wenn der Präsident des Ausschusses es für zweckmäßig erachtet. Die Sitzungen des Vollzugsausschusses können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden, zu den Bedingungen aus Art. 25 der Satzung.</p>	<p>2) Der Vollzugsausschuss tritt zusammen, wenn der Präsident des Ausschusses es für zweckmäßig erachtet. Die Sitzungen des Vollzugsausschusses können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden, zu den Bedingungen aus Art. 25 der Satzung.</p>	
<p>3) Der Vollzugsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der amtierenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschlussvorschlag als abgelehnt.</p>	<p>3) Der Vollzugsausschuss ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der amtierenden Mitglieder gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschlussvorschlag als abgelehnt.</p>	
<p>4) Der Vollzugsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Schriftführer oder bestellt dazu den Generaldirektor oder, auf dessen Vorschlag, einen Mitarbeiter der Gesellschaft.</p>	<p>4) Der Vollzugsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Schriftführer oder bestellt dazu den Generaldirektor oder, auf dessen Vorschlag, einen Mitarbeiter der Gesellschaft.</p>	
<p>5) Die Entscheidungen des Vollzugsausschusses werden dem Verwaltungsrat in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht.</p>	<p>5) Die Entscheidungen des Vollzugsausschusses werden dem Verwaltungsrat in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung zur Kenntnis gebracht.</p>	
<p>6) Die Sitzungen und Beschlussfassungen des Vollzugsausschusses werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Vorsitzenden und des Schriftführers festgestellt.</p>	<p>6) Die Sitzungen und Beschlussfassungen des Vollzugsausschusses werden durch Niederschrift im entsprechenden Protokollbuch mit Unterschrift des Vorsitzenden und des Schriftführers festgestellt.</p>	
<p>7) Der Vollzugsausschuss berichtet dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat zumindest vierteljährlich zu den übertragenen Befugnissen</p>	<p>7) Der Vollzugsausschuss berichtet dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat zumindest vierteljährlich zu den übertragenen Befugnissen</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>über den allgemeinen Geschäftsfortschritt und die absehbare Entwicklung sowie über die, wegen Umfang oder Eigenschaft, wesentlichen Geschäfte der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften.</p>	<p>über den allgemeinen Geschäftsfortschritt und die absehbare Entwicklung sowie über die, wegen Umfang oder Eigenschaft, wesentlichen Geschäfte der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften.</p>	
<p>Art. 30 – Risikoausschuss</p>	<p>Art. 30 – Risikoausschuss</p>	
<p>1) Der Verwaltungsrat ernennt aus seiner Mitte den Risikoausschuss mit beratender Funktion zu Risikosteuerung und betrieblichem Kontrollsystem. Der Risikoausschuss besteht aus drei bis fünf Ratsmitgliedern, die nicht nicht exekutiv tätig und mehrheitlich unabhängig sind; ist ein Ratsmitglied aus den Minderheitenlisten in den Verwaltungsrat gewählt, steht ihm die Ernennung in den Risikoausschuss zu.</p> <p>Die Mitglieder des Risikoausschuss müssen eine angemessene Fachkenntnis, Kompetenz und Erfahrung aufweisen, die es ihnen ermöglicht, die Risikobereitschaft der Gesellschaft in vollem Umfang zu verstehen und überwachen zu können. Der Ausschuss kann auf unternehmensexterne Advisor zurückgreifen und, wenn notwendig, direkt mit den Kontrollfunktionen Internal audit, Risk management und Compliance rücksprechen.</p> <p>Die Arbeit des Ausschusses wird von einem Präsidenten koordiniert, der aus den Reihen der unabhängigen Mitglieder gewählt wird und nicht der Präsident des Verwaltungsrats oder eines anderen Ausschusses des Verwaltungsrats sein darf.</p> <p>2) Zusammensetzung, Mandat, Befugnisse und verfügbare Mittel des Risikoausschuss sind in einer eigenen Geschäftsordnung abgefasst, über die der Verwaltungsrat befindet.</p>	<p>1) Der Verwaltungsrat ernennt aus seiner Mitte den Risikoausschuss mit beratender Funktion zu Risikosteuerung und betrieblichem Kontrollsystem, auch unter Berücksichtigung von Faktoren der ökologischen, sozialen und Governance-Nachhaltigkeit. Der Risikoausschuss besteht aus drei bis fünf Ratsmitgliedern, die nicht exekutiv tätig und mehrheitlich unabhängig sind; ist ein Ratsmitglied aus den Minderheitenlisten in den Verwaltungsrat gewählt, steht ihm die Ernennung in den Risikoausschuss zu.</p> <p>Die Mitglieder des Risikoausschuss müssen eine angemessene Fachkenntnis, Kompetenz und Erfahrung aufweisen, die es ihnen ermöglicht, die Risikobereitschaft der Gesellschaft in vollem Umfang zu verstehen und überwachen zu können. Der Ausschuss kann auf unternehmensexterne Advisor zurückgreifen und, wenn notwendig, direkt mit den Kontrollfunktionen der zweiten und dritten Ebene Internal audit, Risk management und Compliance rücksprechen.</p> <p>Die Arbeit des Ausschusses wird von einem Präsidenten koordiniert, der aus den Reihen der unabhängigen Mitglieder gewählt wird und nicht der Präsident des Verwaltungsrats oder eines anderen Ausschusses des Verwaltungsrats sein darf.</p> <p>2) Zusammensetzung, Mandat, Befugnisse und verfügbare Mittel des Risikoausschuss sind in einer eigenen Geschäftsordnung abgefasst, über die der Verwaltungsrat befindet.</p> <p>Art. 31 – Geschäftsführender Verwaltungsrat</p>	<p>Die Zuständigkeiten des Risikoausschusses im Bereich ESG werden in die Satzung aufgenommen.</p> <p>Es wurde ein allgemeiner Verweis auf die Kontrollfunktionen der zweiten und dritten Ebene der Bank aufgenommen, der den spezifischen Verweis auf die einzelnen Funktionen ersetzt.</p>

- | | | |
|----|---|--|
| 1) | Der Verwaltungsrat kann aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Verwaltungsrat ernennen. Im Falle einer Ernennung müssen die Ämter des geschäftsführenden Verwaltungsrats und des Generaldirektors nach Möglichkeit in einer Person vereint sein. | <p>Es wird ein neuer Artikel eingeführt (mit entsprechender Neunummerierung der darauffolgenden Artikel), der dem Verwaltungsrat die Befugnis zur Ernennung eines geschäftsführenden Verwaltungsrats einräumt.</p> <p>Diese Bestimmung steht in Einklang mit der Praxis vergleichbarer Banken.</p> <p>Die Festlegung, dass die Ernennung eines geschäftsführenden Verwaltungsrats durch den Verwaltungsrat möglich, aber nicht verpflichtend ist, dient dazu, das Verfahren zur Erstellung von Listen für die Besetzung des Verwaltungsrats zu vereinfachen.</p>
<p><i>Die zweite Änderung sieht vor, dass im Falle der Ernennung eines geschäftsführenden Verwaltungsrats „die Ämter des geschäftsführenden Verwaltungsrats und des Generaldirektors nach Möglichkeit in einer Person vereint werden müssen“.</i></p> <p><i>Der Verwaltungsrat hat unter Berücksichtigung der Erwartungen der Banca d'Italia für weniger komplexe Banken, wonach die Ernennung eines geschäftsführenden Verwaltungsrats und eines Generaldirektors vermieden werden sollte, um eine übermäßige Führungsstruktur zu vermeiden, Folgendes festgestellt:</i></p> <p><i>- die in der Satzung vorgesehene Flexibilität mittel- bis langfristig ausgelegt werden muss, wobei zu berücksichtigen ist, dass der aktuelle Governance-Entwurf ohnehin vorsieht, beide Funktionen in einer Person zu vereinen, und daher im Falle einer Erneuerung im Jahr 2026 beide Ämter in einer Person vereint werden;</i></p> <p><i>Die Satzungsbestimmung steht in Einklang mit der Praxis vergleichbarer Banken, auch unter Berücksichtigung ihrer derzeitigen Größe und Komplexität. Darüber hinaus ist zu betonen, dass</i></p> |
|----|---|--|

die Bank wächst, was wahrscheinlich zu einer Zunahme der operativen Komplexität führen wird.

- die neue Satzungsbestimmung, die die Zusammenführung der Ämter des geschäftsführenden Verwaltungsrats und des Generaldirektors in derselben Person fakultativ vorsieht, kann die Führung der Bank in komplexen Situationen erleichtern, beispielsweise in Wachstumssituationen aufgrund von Übernahmen, da sich der geschäftsführende Verwaltungsrat auf die Integrationsaktivitäten konzentrieren und die laufenden Geschäfte an andere Personen delegieren kann.

Dieser Ansatz bietet der Bank die Möglichkeit, flexibel auf potenzielle zukünftige Anforderungen zu reagieren, ohne dafür eine außerordentliche Hauptversammlung zur Genehmigung notwendiger Satzungsänderungen einberufen zu müssen. Dabei wird die breit gefächerte Aktionärsstruktur berücksichtigt, die als charakteristisches Merkmal der Bank gilt.

- 2) Unbeschadet der Bestimmungen in Art. 28 legt der Verwaltungsrat die Befugnisse des geschäftsführenden Verwaltungsrats fest. Insbesondere hat der Geschäftsführer folgende Befugnisse:
- a) überwacht und koordiniert die Organisationsstruktur und die Unternehmensführung im Rahmen der ihm übertragenen Befugnisse in Übereinstimmung mit den vom Verwaltungsrat festgelegten allgemeinen programmatischen und strategischen Leitlinien;
 - b) legt dem Verwaltungsrat die Vorschläge vor, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen;
 - c) koordiniert die Beziehungen zu den Investoren;
 - d) sorgt dafür, dass die Organisations-, Verwaltungs- und Rechnungslegungsstruktur der Art und Größe der Gesellschaft angemessen ist;

e) sorgt für die Umsetzung der Beschlüsse des Verwaltungsrats.

3) Der geschäftsführende Verwaltungsrat ist gemäß Art. 2381 des Zivilgesetzbuches verpflichtet, dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat regelmäßig, in der Regel vierteljährlich, mindestens jedoch alle sechs Monate Bericht zu erstatten.

Die Berichtspflicht gegenüber dem Verwaltungsrat und dem Aufsichtsrat wird in der Regel vierteljährlich, mindestens jedoch alle sechs Monate, geregelt.

Art. 31 – Übertragung von Befugnissen des Verwaltungsrats

1) Unbeschadet der nicht übertragbaren Zuständigkeiten aus Gesetz und Satzung, kann der Verwaltungsrat Funktionen und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen der laufenden Geschäftsführung, an Ratsmitglieder, dem Generaldirektor und, sofern bestellt, an Beigeordnete der Generaldirektion sowie an Angestellte der Gesellschaft übertragen.

Art. 34 32 – Übertragung von Befugnissen des Verwaltungsrats

1) Unbeschadet der nicht übertragbaren Zuständigkeiten aus Gesetz und Satzung, kann der Verwaltungsrat Funktionen und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen der laufenden Geschäftsführung, an einzelne Ratsmitglieder, an den geschäftsführenden Verwaltungsrat, sofern er ernannt wurde, an den Generaldirektor und, sofern bestellt, an Beigeordnete der Generaldirektion sowie an Angestellte der Gesellschaft übertragen.

Die Änderung passt die Nummerierung an.

Der Umfang der Befugnisse des geschäftsführenden Verwaltungsrats wird geregelt. Befugnisse im Kreditbereich können einem Ausschuss innerhalb des Verwaltungsrats oder alternativ dem geschäftsführenden Verwaltungsrat übertragen werden.

Da die Mitglieder des Kreditausschusses des Verwaltungsrats exekutive Funktionen ausüben, muss die Anpassung der satzungsmäßigen Bestimmung die bereits in Art. 29 Abs. 1 genannten regulatorischen Auflagen berücksichtigen.

Die Änderung passt die Wortwahl an.

Die spezifischen Zuständigkeiten des geschäftsführenden Verwaltungsrats, sofern ernannt, und des Generaldirektors werden vom Verwaltungsrat für jede der oben genannten Funktionen gesondert festgelegt.

Die entsprechenden Bestimmungen sind allgemein in einem speziellen Reglement enthalten.

Der geschäftsführende Verwaltungsrat übt alle anderen ihm übertragenen Befugnisse innerhalb der Grenzen und gemäß den Modalitäten aus, die vom Verwaltungsrat in Übereinstimmung mit den geltenden Vorschriften für diesen Bereich ausdrücklich festgelegt wurden.

2) Der Verwaltungsrat kann bedingte Entscheidungsbefugnisse in der Kreditvergabe

2) Der Verwaltungsrat kann bedingte Entscheidungsbefugnisse in der Kreditvergabe

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
jährlich an einen Kreditausschuss - bestehend aus drei bis fünf Ratsmitgliedern, davon ein Ratsmitglied mit Wohnsitz in der Region Veneto, und dem Generaldirektor mit Stimmrecht - sowie an den Generaldirektor, an weitere Beigeordnete der Generaldirektion und an andere Angestellte der Gesellschaft übertragen.	jährlich an den geschäftsführenden Verwaltungsrat, sofern ernannt, oder an einen Kreditausschuss - bestehend aus drei bis fünf Ratsmitgliedern, davon ein Ratsmitglied mit Wohnsitz in der Region Veneto, und dem Generaldirektor mit Stimmrecht - sowie an den Generaldirektor, an weitere Beigeordnete der Generaldirektion und an andere Angestellte der Gesellschaft übertragen.	
3) Die ausgeübten Entscheidungsbefugnisse in der Kreditvergabe werden dem Verwaltungsrat in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung, auch für Pauschalbeträge, zur Kenntnis gebracht.	3) Die ausgeübten Entscheidungsbefugnisse in der Kreditvergabe werden dem Verwaltungsrat in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung, auch für Pauschalbeträge, zur Kenntnis gebracht.	
Art. 32 – Aufsichtsrat	Art. 32 33 – Aufsichtsrat	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Der Aufsichtsrat besteht aus drei ausübenden Aufsichtsräten, darunter der Präsident, und zwei Ersatzräten, die alle von der ordentlichen Hauptversammlung bestellt werden. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats muss ein angemessenes Maß an Diversifizierung widerspiegeln, wobei unter anderem die Vielfalt der Geschlechter in dem Maße gewährleistet sein muss, wie es die geltenden Gesetze und Verordnungen vorsehen, wobei in Ermangelung ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmungen in jedem Fall die Anwesenheit mindestens eines Mitglieds eines anderen als des am stärksten vertretenen Geschlechts gewährleistet sein muss.	1) Der Aufsichtsrat besteht aus drei ausübenden Aufsichtsräten, darunter der Präsident, und zwei Ersatzräten, die alle von der ordentlichen Hauptversammlung bestellt werden. Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats muss ein angemessenes Maß an Diversifizierung widerspiegeln, wobei unter anderem die Vielfalt der Geschlechter in dem Maße gewährleistet sein muss, wie es die geltenden Gesetze und Verordnungen vorsehen, wobei in Ermangelung ausdrücklicher gesetzlicher Bestimmungen in jedem Fall die Anwesenheit mindestens eines Mitglieds eines anderen als des am stärksten vertretenen Geschlechts gewährleistet sein muss.	
2) Die Aufsichtsräte bleiben drei Geschäftsjahre im Amt und scheiden mit der Hauptversammlung die zum letzten Jahresabschluss des Mandats beschließt. Die Aufsichtsräte können wiedergewählt werden. Die Ablöse bei Ablauf des Mandats wird mit der Neubildung des Aufsichtsrats rechtskräftig. Bei Ableben, Rücktritt oder Amtsverlust gilt Art. 33 der Satzung.	2) Die Aufsichtsräte bleiben drei Geschäftsjahre im Amt und scheiden mit der Hauptversammlung, die zum letzten Jahresabschluss des Mandats beschließt. Die Aufsichtsräte können wiedergewählt werden. Die Ablöse bei Ablauf des Mandats wird mit der Neubildung des Aufsichtsrats rechtskräftig. Bei Ableben, Rücktritt oder Amtsverlust gilt Art. 33 34 der Satzung.	Die Änderung passt die Nummerierung an.
3) Die Aufsichtsratsmitglieder müssen im Register der Abschlussprüfer sein und die Anforderungen an Ehrenhaftigkeit, Professionalität und	3) Die Aufsichtsratsmitglieder müssen im Register der Abschlussprüfer sein und die Anforderungen an Ehrenhaftigkeit, Professionalität und	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Unabhängigkeit erfüllen sowie die Kriterien der Befähigung zum Nachweis ihrer Eignung für das Amt und der Korrektheit ihres persönlichen und beruflichen Verhaltens in der Vergangenheit erfüllen und die für die wirksame Ausübung des Amtes erforderliche Zeit aufwenden, wie es das Gesetz, einschließlich der Verordnungen und Satzungen, vorsieht.</p>	<p>Unabhängigkeit erfüllen sowie die Kriterien der Befähigung zum Nachweis ihrer Eignung für das Amt und der Korrektheit ihres persönlichen und beruflichen Verhaltens in der Vergangenheit erfüllen und die für die wirksame Ausübung des Amtes erforderliche Zeit aufwenden, wie es das Gesetz, einschließlich der Verordnungen und Satzungen, vorsieht.</p>	
<p>4) Außer bei Hinderungsgrund nach Gesetz, kann in den Aufsichtsrat der Gesellschaft nicht gewählt werden, wer</p> <p>a) einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan einer anderen Bank angehört, Berufsverbände ausgenommen;</p> <p>b) einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan eines anderen Unternehmens angehört das im unmittelbaren Wettbewerb mit der Gesellschaft steht;</p> <p>c) mit der Gesellschaft oder mit einer von ihr kontrollierten oder mit ihr verbundenen Gesellschaft ein Arbeitsverhältnis unterhält;</p> <p>d) Gesellschaftsämter, Aufsichtsmandate ausgenommen, in Tochtergesellschaften der Bankengruppe oder in mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen bekleidet;</p> <p>e) die zulässige Anzahl an Verwaltungs- und Aufsichtsämtern in Drittgesellschaften überschreitet: die zulässige Anzahl ist durch Beschluss der Hauptversammlung in einer eigenen Regelung abgefasst und berücksichtigt die Art des Amtes und die Eigenschaft und Größe des Unternehmens. Davon unbeschadet bleibt eine gegebenenfalls strengere Begrenzung der Ämterhäufung durch Gesetz oder Bankenaufsichtsbehörde aufrecht.</p> <p>Die Vollendung des siebenzigsten Lebensjahrs ist Hinderungsgrund für die Wählbarkeit in den Aufsichtsrat und bewirkt für das Ratsmitglied im Amt den Mandatsverfall anlässlich der</p>	<p>4) Außer bei Hinderungsgrund nach Gesetz, kann in den Aufsichtsrat der Gesellschaft nicht gewählt werden, wer</p> <p>a) einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan einer anderen Bank angehört, Berufsverbände ausgenommen;</p> <p>b) einem Verwaltungs- oder Aufsichtsorgan eines anderen Unternehmens angehört, das im unmittelbaren Wettbewerb mit der Gesellschaft steht;</p> <p>c) mit der Gesellschaft oder mit einer von ihr kontrollierten oder mit ihr verbundenen Gesellschaft ein Arbeitsverhältnis unterhält;</p> <p>d) Gesellschaftsämter, Aufsichtsmandate ausgenommen, in Tochtergesellschaften der Bankengruppe oder in mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen bekleidet;</p> <p>e) die zulässige Anzahl an Verwaltungs- und Aufsichtsämtern in Drittgesellschaften überschreitet: die zulässige Anzahl ist durch Beschluss der Hauptversammlung in einer eigenen Regelung abgefasst und berücksichtigt die Art des Amtes und die Eigenschaft und Größe des Unternehmens. Davon unbeschadet bleibt eine gegebenenfalls strengere Begrenzung der Ämterhäufung durch Gesetz oder Bankenaufsichtsbehörde aufrecht.</p> <p>Die Vollendung des siebenzigsten Lebensjahrs ist Hinderungsgrund für die Wählbarkeit in den Aufsichtsrat und bewirkt für das Ratsmitglied im Amt den Mandatsverfall anlässlich der</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Hauptversammlung die der erreichten Altersgrenze unmittelbar folgt.	Hauptversammlung, die der erreichten Altersgrenze unmittelbar folgt.	
5) Die Hauptversammlung kann die Aufsichtsräte nur bei gerechtem Grund abberufen; der Widerruf des Mandats muss durch Gerichtsentscheid, unter Anhörung des Betroffenen, bestätigt werden.	5) Die Hauptversammlung kann die Aufsichtsräte nur bei gerechtem Grund abberufen; der Widerruf des Mandats muss durch Gerichtsentscheid, unter Anhörung des Betroffenen, bestätigt werden.	
6) Die Aufsichtsräte sind gehalten sachkundig zu handeln. In Anbetracht der von ihnen ausgeübten Funktion und der damit verbundenen Obliegenheiten, wird für die Aufsichtsräte mit Wohnsitz in der Provinz Bozen das vollständige Verständnis der italienischen und deutschen Sprache, in Bezug auf die Tätigkeit der Gesellschaft und die für die Ausübung des Mandats erforderliche fachliche Qualifikation, vorausgesetzt; der Nachweis der Sprachkenntnisse wird von den einzelnen Ratsmitgliedern durch Selbsterklärung, wie von der Gesellschaft vorgegeben, erbracht.	6) Die Aufsichtsräte sind gehalten sachkundig zu handeln. In Anbetracht der von ihnen ausgeübten Funktion und der damit verbundenen Obliegenheiten, wird für die Aufsichtsräte mit Wohnsitz in der Provinz Bozen das vollständige Verständnis der italienischen und deutschen Sprache, in Bezug auf die Tätigkeit der Gesellschaft und die für die Ausübung des Mandats erforderliche fachliche Qualifikation, vorausgesetzt; der Nachweis der Sprachkenntnisse wird von den einzelnen Ratsmitgliedern durch Selbsterklärung, wie von der Gesellschaft vorgegeben, erbracht.	
7) Die Hauptversammlung setzt die jährliche Vergütung der ordentlichen Aufsichtsräte für die gesamte Dauer ihres Mandats sowie die Höhe der Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und der bestellten Ausschüsse fest.	7) Die Hauptversammlung setzt die jährliche Vergütung der ordentlichen Aufsichtsräte für die gesamte Dauer ihres Mandats sowie die Höhe der Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrats , Verwaltungsrats und der bestellten Ausschüsse fest.	Die Liste der für eine Sitzungsentschädigung berechtigten Sitzungen wird erweitert.
8) Die Aufsichtsräte haben Anspruch auf Vergütung der in Ausübung ihres Mandats getragenen Kosten.	8) Die Aufsichtsräte haben Anspruch auf Vergütung der in Ausübung ihres Mandats getragenen Kosten.	
9) Für die Ernennung oder Ersetzung seiner Mitglieder gemäß Artikel 33 obliegt es dem Aufsichtsrat:	9) Für die Ernennung oder Ersetzung seiner Mitglieder gemäß Artikel 33 34 obliegt es dem Aufsichtsrat:	Die Änderung passt die Nummerierung an.
a) vorab seine als optimal erachtete qualitative und quantitative Zusammensetzung zu bestimmen und die Gesellschafter rechtzeitig darüber zu informieren, wobei er das theoretische Profil der für diese Zwecke als geeignet erachteten Kandidaten bestimmt und begründet;	a) vorab seine als optimal erachtete qualitative und quantitative Zusammensetzung zu bestimmen und die Gesellschafter rechtzeitig darüber zu informieren, wobei er das theoretische Profil der für diese Zwecke als geeignet erachteten Kandidaten bestimmt und begründet;	
b) in der Folge zu überprüfen, dass die als optimal erachtete qualitative und quantitative Zusammensetzung der tatsächlichen	b) in der Folge zu überprüfen, dass die als optimal erachtete qualitative und quantitative Zusammensetzung der tatsächlichen	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Zusammensetzung entspricht, die sich aus dem Ernennungsprozess ergibt;	Zusammensetzung entspricht, die sich aus dem Ernennungsprozess ergibt;	
Art. 33 – Wahl des Aufsichtsrats und Ersatz der Aufsichtsräte	Art. 33 34 – Wahl des Aufsichtsrats und Ersatz der Aufsichtsräte	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Die Hauptversammlung wählt den Aufsichtsrat aus Kandidatenlisten, die von den Aktionären eingereicht werden.	1) Die Hauptversammlung wählt den Aufsichtsrat aus Kandidatenlisten, die von den Aktionären eingereicht werden.	
2) Die Kandidatenlisten können von einem oder mehreren Aktionären eingereicht werden die, gemeinsam, mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals halten - oder den geringeren Mindestanteil, sofern ein solcher durch Gesetz oder Bankenaufsicht vorgegeben wird - und in der wählenden Hauptversammlung stimmberechtigt sind.	2) Die Kandidatenlisten können von einem oder mehreren Aktionären eingereicht werden die, gemeinsam, mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals halten - oder den geringeren Mindestanteil, sofern ein solcher durch Gesetz oder Bankenaufsicht vorgegeben wird - und in der wählenden Hauptversammlung stimmberechtigt sind.	
3) Die Kandidatenlisten müssen mit Unterschrift der Einreicher, bei sonstigem Ausschluss, am Rechtssitz der Gesellschaft, mindestens fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung in einziger oder in erster Einberufung hinterlegt werden. Jeder Einreicher unterzeichnet die Liste mit notariell beglaubigter Unterschrift oder in Gegenwart eines eigens vom Verwaltungsrat beauftragten Angestellten der Gesellschaft. Jeder Aktionär kann nur eine Kandidatenliste zur Einreichung unterzeichnen; bei Nichtbeachtung wird seine Unterschrift keiner Liste zugeordnet.	3) Die Kandidatenlisten müssen mit Unterschrift der Einreicher, bei sonstigem Ausschluss, am Rechtssitz der Gesellschaft, mindestens fünfzehn Tage vor der Hauptversammlung in einziger oder in erster Einberufung hinterlegt werden. Jeder Einreicher unterzeichnet die Liste mit notariell beglaubigter Unterschrift oder in Gegenwart eines eigens vom Verwaltungsrat beauftragten Angestellten der Gesellschaft. Jeder Aktionär kann nur eine Kandidatenliste zur Einreichung unterzeichnen; bei Nichtbeachtung wird seine Unterschrift keiner Liste zugeordnet.	
4) Die Kandidatenlisten müssen mit den Personalien der einreichenden Aktionäre und der Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien angemerkt sowie mit dem Nachweis der Aktieninhaberschaft und mit jeder weiteren gesetzlich, aufsichtsrechtlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Angabe ergänzt sein.	4) Die Kandidatenlisten müssen mit den Personalien der einreichenden Aktionäre und der Anzahl der von ihnen gehaltenen Aktien angemerkt sowie mit dem Nachweis der Aktieninhaberschaft und mit jeder weiteren gesetzlich, aufsichtsrechtlich oder satzungsgemäß vorgesehenen Angabe ergänzt sein.	
5) Die Listen sind in zwei Abschnitte unterteilt – der erste, für die Kandidaten für das Amt als effektives Aufsichtsratsmitglied und der zweite, für die	5) Die Listen sind in zwei Abschnitte unterteilt – der erste, für die Kandidaten für das Amt als effektives Aufsichtsratsmitglied und der zweite, für die	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Kandidaten für das Amt als Ersatz-Aufsichtsratsmitglied – und müssen, in fortlaufender Numerierung, gleich viele Kandidaten beinhalten wie Aufsichtsräte zu ernennen sind. Der Präsidentschaftskandidat ist in der Liste an erster Stelle eingetragen. In jedem Abschnitt der Liste muss eine Anzahl von Kandidaten vertreten sein, die dem am wenigsten vertretenen Geschlecht angehören, so dass innerhalb dieses Abschnitts die geschlechtsspezifische Vielfalt zumindest in dem von den geltenden Rechtsvorschriften geforderten Mindestmaß gewahrt bleibt.</p>	<p>Kandidaten für das Amt als Ersatz-Aufsichtsratsmitglied – und müssen, in fortlaufender Nummerierung, gleich viele Kandidaten beinhalten wie Aufsichtsräte zu ernennen sind. Der Präsidentschaftskandidat ist in der Liste an erster Stelle eingetragen. In jedem Abschnitt der Liste muss eine Anzahl von Kandidaten vertreten sein, die dem am wenigsten vertretenen Geschlecht angehören, so dass innerhalb dieses Abschnitts die geschlechtsspezifische Vielfalt zumindest in dem von den geltenden Rechtsvorschriften geforderten Mindestmaß gewahrt bleibt.</p>	<p>Die Vorschriften für die Anforderungen an die Kandidatur für das Amt des Rechnungsprüfers werden um die Anforderungen an die Unabhängigkeit ergänzt (Ministerialdekret 169/2020).</p>
<p>Mit jeder Liste müssen umfassende Angaben zur Person und beruflichen Qualifikation der Kandidaten hinterlegt und die ausgeübten Gesellschaftsmandate offengelegt werden; gleichfalls muss der Liste die Erklärung eines jeden Kandidaten beiliegen, mit welcher er die Kandidatur annimmt und eigenverantwortlich erklärt, dass kein Umstand der Unvereinbarkeit oder Nichtwählbarkeit gegeben ist und dass die Voraussetzungen zur Amtsausübung wie durch Gesetz, Aufsichtsbehörde und Satzung der Gesellschaft vorgegeben, erfüllt sind.</p>	<p>Mit jeder Liste müssen umfassende Angaben zur Person und beruflichen Qualifikation der Kandidaten hinterlegt und die ausgeübten Gesellschaftsmandate offengelegt werden; gleichfalls muss der Liste die Erklärung eines jeden Kandidaten beiliegen, mit welcher er die Kandidatur annimmt und eigenverantwortlich erklärt, dass kein Umstand der Unvereinbarkeit oder Nichtwählbarkeit gegeben ist und dass die Voraussetzungen zur Amtsausübung wie durch Gesetz, Aufsichtsbehörde und Satzung der Gesellschaft vorgegeben, erfüllt sind, einschließlich jener der Unabhängigkeit.</p>	
<p>Jeder Kandidat kann, bei sonstiger Unwählbarkeit, in nur einer Liste eingetragen sein.</p>	<p>Jeder Kandidat kann, bei sonstiger Unwählbarkeit, in nur einer Liste eingetragen sein.</p>	
<p>6) Die Listen die unter Nichtbeachtung der vorangegangenen Bestimmungen vorgelegt werden, gelten als nicht eingereicht.</p>	<p>6) Die Listen, die unter Nichtbeachtung der vorangegangenen Bestimmungen vorgelegt werden, gelten als nicht eingereicht.</p>	
<p>7) In der Versammlung wählen die Aktionäre die von ihnen bevorzugte Liste, ohne diese abändern oder ergänzen zu können oder für mehr als eine Liste stimmen zu können.</p>	<p>7) In der Versammlung wählen die Aktionäre die von ihnen bevorzugte Liste, ohne diese abändern oder ergänzen zu können oder für mehr als eine Liste stimmen zu können.</p>	
<p>8) Für die Wahl des Aufsichtsrats wird wie folgt vorgegangen:</p>	<p>8) Für die Wahl des Aufsichtsrats wird wie folgt vorgegangen:</p>	
<p>a) Falls mehrere Listen eingereicht worden sind, gelten aus der meistgewählten Liste (die „Mehrheitsliste“), der Reihenfolge der Eintragung nach, der Präsident,</p>	<p>a) Falls mehrere Listen eingereicht worden sind, gelten aus der meistgewählten Liste (die „Mehrheitsliste“), der Reihenfolge der Eintragung nach, der Präsident,</p>	

- ein effektives Aufsichtsratsmitglied und ein Ersatz-Aufsichtsratsmitglied als ernannt.
- b) Aus der Liste die die zweithöchste Anzahl von Vorzugsstimmen erhält, sofern diese mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals darstellen (die Minderheitsliste), gelten der Reihenfolge der Eintragung nach, ein effektives Aufsichtsratsmitglied und ein Ersatz-Aufsichtsratsmitglied als ernannt. Die Minderheitsliste darf weder direkt noch indirekt mit den Einreichern der Mehrheitsliste verbunden sein. Falls keine Minderheitsliste die erforderliche Mindestanzahl von Vorzugsstimmen erhält oder falls nur eine Liste eingereicht worden ist, werden der Präsident, die effektiven Aufsichtsräte und die Ersatz-Aufsichtsräte aus der Mehrheits- oder aus der einzigen Liste ernannt.
- c) Bei Stimmengleichheit zwischen Listen oder Einzelkandidaturen wählt die Versammlung mittels Stichwahl mit relativer Stimmenmehrheit.
- d) Wenn der auf diese Weise gebildete Aufsichtsratsrat die Bestimmungen von Artikel 32 Absatz 1 über das Geschlechterverhältnis nicht erfüllt, wird der aus der Mehrheitsliste letzte gewählte Kandidat durch den ersten nicht gewählten Kandidaten derselben Liste, der dem am wenigsten vertretenen Geschlecht angehört, oder, falls dies nicht der Fall ist, durch den ersten nicht gewählten Kandidaten der nachfolgenden Listen ersetzt. Sollte dies nicht möglich sein, beschließt die Versammlung, ohne Listenwahl, mit relativer Stimmenmehrheit unter geeigneten Kandidaten den Austausch des letzt gewählten effektiven Aufsichtsrats der Mehrheitsliste.
- e) Wird innerhalb der Frist keine gültige Liste eingereicht, werden alle zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder mit relativer Mehrheit ohne Listenzwang aus dem Kreis der direkt auf der Hauptversammlung vorgeschlagenen Kandidaten ernannt. In jedem Fall bleibt die Einhaltung der

- ein effektives Aufsichtsratsmitglied und ein Ersatz-Aufsichtsratsmitglied als ernannt.
- b) Aus der Liste, die die zweithöchste Anzahl von Vorzugsstimmen erhält, sofern diese mindestens 1% (ein Prozent) des Gesellschaftskapitals darstellen (die Minderheitsliste), gelten der Reihenfolge der Eintragung nach, ein effektives Aufsichtsratsmitglied und ein Ersatz-Aufsichtsratsmitglied als ernannt. Die Minderheitsliste darf weder direkt noch indirekt mit den Einreichern der Mehrheitsliste verbunden sein. Falls keine Minderheitsliste die erforderliche Mindestanzahl von Vorzugsstimmen erhält oder falls nur eine Liste eingereicht worden ist, werden der Präsident, die effektiven Aufsichtsräte und die Ersatz-Aufsichtsräte aus der Mehrheits- oder aus der einzigen Liste ernannt.
- c) Bei Stimmengleichheit zwischen Listen oder Einzelkandidaturen wählt die Versammlung mittels Stichwahl mit relativer Stimmenmehrheit.
- d) Wenn der auf diese Weise gebildete Aufsichtsratsrat die Bestimmungen von Artikel ~~32~~ 33 Absatz 1 über das Geschlechterverhältnis nicht erfüllt, wird der aus der Mehrheitsliste letzte gewählte Kandidat durch den ersten nicht gewählten Kandidaten derselben Liste, der dem am wenigsten vertretenen Geschlecht angehört, oder, falls dies nicht der Fall ist, durch den ersten nicht gewählten Kandidaten der nachfolgenden Listen ersetzt. Sollte dies nicht möglich sein, beschließt die Versammlung, ohne Listenwahl, mit relativer Stimmenmehrheit unter geeigneten Kandidaten den Austausch des letzt gewählten effektiven Aufsichtsrats der Mehrheitsliste.
- e) Wird innerhalb der Frist keine gültige Liste eingereicht, werden alle zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder mit relativer Mehrheit ohne Listenzwang aus dem Kreis der direkt auf der Hauptversammlung vorgeschlagenen Kandidaten ernannt. In jedem Fall bleibt die Einhaltung der

Die Änderung passt die Nummerierung an.

Die Änderung passt die Nummerierung an.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Bestimmungen von Artikel 32 Absatz 1 über die Ausgewogenheit und die Vielfalt.	Bestimmungen von Artikel 32 33 Absatz 1 über die Ausgewogenheit und die Vielfalt.	
9) Fällt der Präsident des Aufsichtsrats aus, rückt an dessen Stelle, bis zur Ergänzung des Rats gemäß Art. 2401 Codice Civile, der Ersatz-Aufsichtsrat aus derselben Liste nach, aus welcher der Präsident ernannt worden ist.	9) Fällt der Präsident des Aufsichtsrats aus, rückt an dessen Stelle, bis zur Ergänzung des Rats gemäß Art. 2401 Codice Civile Zivilgesetzbuch , der Ersatz-Aufsichtsrat aus derselben Liste nach, aus welcher der Präsident ernannt worden ist.	Diese Änderung passt die Wortwahl an.
10) Fällt ein effektiver Aufsichtsrat aus, rückt an dessen Stelle bis zur nächsten Hauptversammlung, der Ersatz-Rat aus derselben Liste nach, aus welcher der zu ersetzende ernannt worden ist. Falls nur eine Kandidatenliste eingereicht worden ist, rücken die Ersatz-Aufsichtsräte in der Reihenfolge ihrer Eintragung in der Liste nach.	10) Fällt ein effektiver Aufsichtsrat aus, rückt an dessen Stelle bis zur nächsten Hauptversammlung, der Ersatz-Rat aus derselben Liste nach, aus welcher der zu ersetzende ernannt worden ist. Falls nur eine Kandidatenliste eingereicht worden ist, rücken die Ersatz-Aufsichtsräte in der Reihenfolge ihrer Eintragung in der Liste nach.	
11) Wenn es nicht möglich ist, alle fehlenden ordentlichen Aufsichtsratsmitglieder zu ersetzen, oder wenn es nicht möglich ist, die von Artikel 32 Absatz 1 über die Ausgewogenheit der wird eine Hauptversammlung einberufen, um den Aufsichtsrat zu ergänzen und mit den gesetzlich vorgeschriebenen Mehrheiten ohne Listenbeschränkungen zu wählen. Die Amtszeit der neu ernannten Mitglieder endet mit der Amtszeit der amtierenden Aufsichtsratsmitglieder.	11) Wenn es nicht möglich ist, alle fehlenden ordentlichen Aufsichtsratsmitglieder zu ersetzen, oder wenn es nicht möglich ist, die von Artikel 32 33 Absatz 1 über die Ausgewogenheit der wird eine Hauptversammlung einberufen, um den Aufsichtsrat zu ergänzen und mit den gesetzlich vorgeschriebenen Mehrheiten ohne Listenbeschränkungen zu wählen. Die Amtszeit der neu ernannten Mitglieder endet mit der Amtszeit der amtierenden Aufsichtsratsmitglieder.	Die Änderung passt die Nummerierung an.
Art. 34 – Pflichten des Aufsichtsrats	Art. 34 35 – Pflichten des Aufsichtsrats	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Der Aufsichtsrat wacht über: a) die Einhaltung der durch Gesetz, Aufsichtsbehörden und Satzung vorgesehenen Bestimmungen; b) die Beachtung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Geschäftsführung; c) die Angemessenheit der organisatorischen, verwaltungstechnischen und rechnungslegenden Aufbauordnung und deren konkrete Umsetzung; d) die Angemessenheit und Funktionalität des internen Kontrollsystems und insbesondere der	1) Der Aufsichtsrat wacht über: a) die Einhaltung der durch Gesetz, Aufsichtsbehörden und Satzung vorgesehenen Bestimmungen; b) die Beachtung der Grundsätze der ordnungsgemäßen Geschäftsführung; c) die Angemessenheit der organisatorischen, verwaltungstechnischen und rechnungslegenden Aufbauordnung und deren konkrete Umsetzung; d) die Angemessenheit und Funktionalität des internen Kontrollsystems und insbesondere der	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>Risikoüberwachung einschließlich Kapital-Adäquanz-Verfahren (ICAAP);</p> <p>e) die Angemessenheit der in ihrer Führungs- und Koordinationsfunktion von der Gesellschaft erlassenen Anweisungen an die Tochtergesellschaften;</p> <p>f) die übrigen vom Gesetz vorgesehenen Handlungen und Vorfälle.</p> <p>2) Der Aufsichtsrat stellt insbesondere die angemessene Koordinierung aller Funktionen und Strukturen des internen Kontrollsystems, einschließlich der mit der gesetzlichen Abschlussprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sicher und veranlasst, im Bedarfsfall, die geeigneten Korrekturmaßnahmen. Zu diesem Zweck tauschen der Aufsichtsrat und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ohne Verzögerung alle für ihre jeweilige Funktion wesentlichen quantitativen und qualitativen Daten aus.</p> <p>3) Der Aufsichtsrat wacht überdies über die Einhaltung der von der Gesellschaft angewandten Regeln zur transparenten Geschäftsgebarung sowie über die korrekte Abwicklung der Geschäfte mit verbundenen Personen und Unternehmen im Sinne der Aufsichtsregelung und berichtet dazu im Jahresbericht an die Hauptversammlung.</p> <p>4) Der Aufsichtsrat nutzt die Informationsflüsse des internen Kontrollsystems und kann bei der Durchführung der notwendigen Ermittlungen und Prüfungen auf die Stellen und Strukturen des internen Kontrollsystems zurückgreifen sowie jederzeit Inspektionen und Kontrollhandlungen, auch einzeln, vornehmen.</p> <p>5) Der Aufsichtsrat kann bei den Verwaltungsräten Auskunft über den Verlauf der Gesellschaftstätigkeit, auch der Tochtergesellschaften, oder zu bestimmten</p>	<p>Risikoüberwachung einschließlich Kapital-Adäquanz-Verfahren (ICAAP);</p> <p>e) die Angemessenheit der in ihrer Führungs- und Koordinationsfunktion von der Gesellschaft erlassenen Anweisungen an die Tochtergesellschaften;</p> <p>f) die übrigen vom Gesetz vorgesehenen Handlungen und Vorfälle.</p> <p>2) Der Aufsichtsrat stellt insbesondere die angemessene Koordinierung aller Funktionen und Strukturen des internen Kontrollsystems, einschließlich der mit der gesetzlichen Abschlussprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und des mit der Bescheinigung der Nachhaltigkeitsberichterstattung Beauftragten, sicher und veranlasst, im Bedarfsfall, die geeigneten Korrekturmaßnahmen. Zu diesem Zweck tauschen der Aufsichtsrat und die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ohne Verzögerung alle für ihre jeweilige Funktion wesentlichen quantitativen und qualitativen Daten aus.</p> <p>3) Der Aufsichtsrat wacht überdies über die Einhaltung der von der Gesellschaft angewandten Regeln zur transparenten Geschäftsgebarung sowie über die korrekte Abwicklung der Geschäfte mit verbundenen Personen und Unternehmen im Sinne der Aufsichtsregelung und berichtet dazu im Jahresbericht an die Hauptversammlung.</p> <p>4) Der Aufsichtsrat nutzt die Informationsflüsse des internen Kontrollsystems und kann bei der Durchführung der notwendigen Ermittlungen und Prüfungen auf die Stellen und Strukturen des internen Kontrollsystems zurückgreifen sowie jederzeit Inspektionen und Kontrollhandlungen, auch einzeln, vornehmen.</p> <p>5) Der Aufsichtsrat kann bei den Verwaltungsräten Auskunft über den Verlauf der Gesellschaftstätigkeit, auch der Tochtergesellschaften, oder zu bestimmten</p>	<p>Eine Stelle wird eingerichtet, die für die Zertifizierung der Nachhaltigkeitsberichterstattung verantwortlich ist. Dies erfolgt im Einklang mit den Anforderungen an die Erstellung der Nachhaltigkeitsberichterstattung gemäß der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) bzw. Richtlinie 2022/2464/EU (vgl. auch Art. 13, Absatz 2, Buchstaben b) und d)).</p>

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
Geschäften nachfragen. Der Aufsichtsrat kann zudem Informationen über die Verwaltungs- und Kontrollsysteme und den allgemeinen Verlauf der Geschäftstätigkeit bei den Gesellschaftsorganen der Tochtergesellschaften einholen.	Geschäften nachfragen. Der Aufsichtsrat kann zudem Informationen über die Verwaltungs- und Kontrollsysteme und den allgemeinen Verlauf der Geschäftstätigkeit bei den Gesellschaftsorganen der Tochtergesellschaften einholen.	
6) Der Verwaltungsrat informiert ohne Verzug die Bankenaufsichtsbehörde über alle Fakten und Tatsachen, von denen er Kenntnis erhält und die eine Unregelmäßigkeit in der Führung der Gesellschaft oder einen Verstoß gegen die Vorschriften für die Ausübung der Bankentätigkeit darstellen könnten.	6) Der Verwaltungsrat informiert ohne Verzug die Bankenaufsichtsbehörde über alle Fakten und Tatsachen, von denen er Kenntnis erhält und die eine Unregelmäßigkeit in der Führung der Gesellschaft oder einen Verstoß gegen die Vorschriften für die Ausübung der Bankentätigkeit darstellen könnten.	
7) Unbeschadet der Pflicht aus vorangehendem Abs. 6, meldet der Aufsichtsrat dem Verwaltungsrat die eventuell festgestellten Mängel und Unregelmäßigkeiten, fordert die geeigneten Korrekturmaßnahmen ein und überprüft deren Wirksamkeit im Laufe der Zeit.	7) Unbeschadet der Pflicht aus vorangehendem Abs. 6, meldet der Aufsichtsrat dem Verwaltungsrat die eventuell festgestellten Mängel und Unregelmäßigkeiten, fordert die geeigneten Korrekturmaßnahmen ein und überprüft deren Wirksamkeit im Laufe der Zeit.	
8) Der Aufsichtsrat bezieht Stellung bei der Ernennung der Leiter der internen Kontrollfunktionen und in jeder Entscheidung zu wesentlichen Aspekten des internen Kontrollsystems.	8) Der Aufsichtsrat bezieht Stellung bei der Ernennung der Leiter der internen Kontrollfunktionen und in jeder Entscheidung zu wesentlichen Aspekten des internen Kontrollsystems.	
9) Der Aufsichtsrat berichtet anlässlich der Feststellung des Jahresabschlusses über ihre Überwachungstätigkeit und, sofern gegeben, die festgestellten Unterlassungen und getätigten Beanstandungen.	9) Der Aufsichtsrat berichtet anlässlich der Feststellung des Jahresabschlusses über ihre Überwachungstätigkeit und, sofern gegeben, die festgestellten Unterlassungen und getätigten Beanstandungen.	
10) Die Teilnahme der Aufsichtsräte an den Hauptversammlungen und an den Sitzungen des Verwaltungsrats und, sofern benannt, des Vollzugsausschusses ist verpflichtend.	10) Die Teilnahme der Aufsichtsräte an den Hauptversammlungen und an den Sitzungen des Verwaltungsrats und, sofern benannt, des Vollzugsausschusses ist verpflichtend.	
Art. 35 – Sitzungen des Aufsichtsrats	Art. 35 36 – Sitzungen des Aufsichtsrats	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Die Einberufung des Aufsichtsrats erfolgt durch den Präsidenten des Aufsichtsrats und mindestens alle neunzig Tage.	1) Die Einberufung des Aufsichtsrats erfolgt durch den Präsidenten des Aufsichtsrats und mindestens alle neunzig Tage.	
2) Der Aufsichtsrat ist mit Anwesenheit der absoluten Mehrheit der ordentlichen Aufsichtsräte	2) Der Aufsichtsrat ist mit Anwesenheit der absoluten Mehrheit der ordentlichen Aufsichtsräte	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>beschlussfähig; der Aufsichtsrat beschließt mit Mehrheit der Anwesenden.</p> <p>3) Der Präsident des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter leitet die Aufsichtsratssitzungen. Der Präsident sichert:</p> <p>a) die Wirksamkeit der Debatte indem er darauf achtet, dass der Rat aus einer angemessenen Dialektik heraus und mit dem effektiven Beitrag aller Aufsichtsräte beschließt;</p> <p>b) allen Ratsmitgliedern rechtzeitig angemessene Informationen und Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten zu;</p> <p>c) das Selbstbewertungsverfahren des Aufsichtsrats nach Grundsätzen der Effizienz und unter Berücksichtigung der Komplexität der Ratshandlungen und fordert die Umsetzung der Korrekturmaßnahmen zur Behebung eventuell festgestellter Schwachpunkte ein.</p> <p>4) Die Sitzungen des Aufsichtsrats können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden unter der Voraussetzung, dass die Funktionstüchtigkeit des Rats sowie der Grundsatz des guten Glaubens und der Gleichbehandlung beachtet wird und unter der besonderen Voraussetzung dass die Identität aller Teilnehmer mit Sicherheit festgestellt werden kann und diese sich an der Sitzung beteiligen, Dokumente einsehen, empfangen und bearbeiten können. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, gilt für die Abhaltung der Sitzung der Standort, der in der Einberufung angegeben wird, an dem sich der Präsident oder dessen Stellvertreter und der Schriftführer befinden. Das Sitzungsprotokoll, das vom Präsidenten in derselben Sitzung verlesen wird, enthält die Erklärung der genauen Übereinstimmung der Niederschrift mit den behandelten Themen und muss von den anwesenden Aufsichtsräten bei der erstmöglichen Gelegenheit unterschrieben werden.</p>	<p>beschlussfähig; der Aufsichtsrat beschließt mit Mehrheit der Anwesenden.</p> <p>3) Der Präsident des Aufsichtsrats oder sein Stellvertreter leitet die Aufsichtsratssitzungen. Der Präsident sichert:</p> <p>a) die Wirksamkeit der Debatte, indem er darauf achtet, dass der Rat aus einer angemessenen Dialektik heraus und mit dem effektiven Beitrag aller Aufsichtsräte beschließt;</p> <p>b) allen Ratsmitgliedern rechtzeitig angemessene Informationen und Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten zu;</p> <p>c) das Selbstbewertungsverfahren des Aufsichtsrats nach Grundsätzen der Effizienz und unter Berücksichtigung der Komplexität der Ratshandlungen und fordert die Umsetzung der Korrekturmaßnahmen zur Behebung eventuell festgestellter Schwachpunkte ein.</p> <p>4) Die Sitzungen des Aufsichtsrats können auch als Tele- oder Videokonferenz oder mit Hilfe ähnlicher elektronischer Kommunikationsmittel abgehalten werden unter der Voraussetzung, dass die Funktionstüchtigkeit des Rats sowie der Grundsatz des guten Glaubens und der Gleichbehandlung beachtet wird und unter der besonderen Voraussetzung dass die Identität aller Teilnehmer mit Sicherheit festgestellt werden kann und diese sich an der Sitzung beteiligen, Dokumente einsehen, empfangen und bearbeiten können. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, gilt für die Abhaltung der Sitzung der Standort, der in der Einberufung angegeben wird, an dem sich der Präsident oder dessen Stellvertreter und der Schriftführer befinden. Das Sitzungsprotokoll, das vom Präsidenten in derselben Sitzung verlesen wird, enthält die Erklärung der genauen Übereinstimmung der Niederschrift mit den behandelten Themen und muss von den anwesenden Aufsichtsräten bei der erstmöglichen Gelegenheit unterschrieben werden.</p>	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
5) Die Mitteilungen an den Aufsichtsrat, außerhalb der Sitzungen des Verwaltungsrats und des Vollzugausschusses, soweit bestellt, erfolgen schriftlich an den Präsidenten des Aufsichtsrats.	5) Die Mitteilungen an den Aufsichtsrat, außerhalb der Sitzungen des Verwaltungsrats und des Vollzugausschusses, soweit bestellt, erfolgen schriftlich an den Präsidenten des Aufsichtsrats.	
Art. 36 – Wirtschaftsprüfung	Art. 36 37 – Wirtschaftsprüfung	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Die Abschlussprüfung der Gesellschaft obliegt einer eingetragenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wie vom Gesetz vorgesehen.	1) Die Abschlussprüfung der Gesellschaft obliegt einer eingetragenen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wie vom Gesetz vorgesehen.	
Art. 37 – Generaldirektion	Art. 37 38 – Generaldirektion	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Die Generaldirektion besteht aus dem Generaldirektor und den vom Verwaltungsrat mit absoluter Stimmenmehrheit der amtierenden Ratsmitglieder, beigeordneten Direktoren. Alle Mitglieder müssen die Anforderungen der geltenden Gesetze und Vorschriften erfüllen.	1) Die Generaldirektion besteht aus dem Generaldirektor und den vom Verwaltungsrat mit absoluter Stimmenmehrheit der amtierenden Ratsmitglieder, beigeordneten Direktoren. Alle Mitglieder müssen die Anforderungen der geltenden Gesetze und Vorschriften erfüllen.	
2) Die Befugnisse der Direktoren der Generaldirektion sind vom Verwaltungsrat festgesetzt.	2) Die Befugnisse der Direktoren der Generaldirektion sind vom Verwaltungsrat festgesetzt.	
Art. 38 – Befugnisse des Generaldirektors	Art. 38 39 – Befugnisse des Generaldirektors	Die Änderung passt die Nummerierung an.
1) Dem Generaldirektor sind Weisungsgewalt, Durchführungssteuerung und Überwachung im Rahmen der ihm erteilten Befugnisse und gemäß den Richtlinien des Verwaltungsrats übertragen; entscheidet bedingt im Bereich der Kreditgewährung, der Ausgaben und des Finanzgeschäfts, steht der Unternehmensorganisation und der Vertriebsstruktur vor, steuert das Dienstleistungsgeschäft und besorgt die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats und, falls ernannt, des Vollzugausschusses sowie die Dringlichkeitsbeschlüsse gemäß Art. 23 der Satzung.	1) Dem Generaldirektor sind Weisungsgewalt, Durchführungssteuerung und Überwachung im Rahmen der ihm erteilten Befugnisse und gemäß den Richtlinien des Verwaltungsrats übertragen;	Folgende Änderungen passen die Wortwahl an. Die dem Generaldirektor zugewiesenen Aufgaben werden im Hinblick auf die mögliche Ernennung des geschäftsführenden Verwaltungsrats entsprechend angepasst.
	a) er besorgt hierbei alle ordentlichen Geschäfte der Gesellschaft:	

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
	<p>b) er gewährleistet den Betrieb der Unternehmensstrukturen und die Personalverwaltung;</p> <p>c) er entscheidet bedingt im Bereich der Kreditgewährung, der Ausgaben und des Finanzgeschäfts;</p> <p>d) er steht der Unternehmensorganisation und der Vertriebsstruktur vor;</p> <p>e) falls kein geschäftsführender Verwaltungsrat ernannt wird, steuert er das Dienstleistungsgeschäft und besorgt die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats und, falls ernannt, des Vollzugausschusses sowie die Dringlichkeitsbeschlüsse gemäß Art. 23 der Satzung.</p>	
<p>2) Der Generaldirektor ist der Leiter des Personals und der Verwaltungsstruktur.</p>	<p>2) Der Generaldirektor:</p> <p>a) ist der Leiter des Personals und der Verwaltungsstruktur. Er schlägt Einstellungen, Beförderungen und Entlassungen vor.</p> <p>b) Er übt seine Befugnisse im Rahmen der Bestimmungen dieser Satzung und der internen Reglements sowie der Bestimmungen des Verwaltungsrats und des Vollzugausschusses, sofern ein solcher ernannt wurde, und der gemäß Art. 23 der Satzung in dringenden Fällen übernommenen Befugnisse aus.</p>	<p>Die dem Generaldirektor übertragenen Aufgaben werden im Falle der Ernennung des geschäftsführenden Verwaltungsrats angepasst.</p>
<p>3) Der Generaldirektor ist für die Ausübung seiner Befugnisse dem Verwaltungsrat gegenüber verantwortlich.</p>	<p>3) Der Generaldirektor ist für die Ausübung seiner Befugnisse dem Verwaltungsrat gegenüber verantwortlich.</p>	
<p>4) Der Generaldirektor leitet selbständig die Rechtsverfahren zur Sicherstellung des Forderungseinzugs ein; dabei vertritt er die Gesellschaft vor Gericht, ernennt die Rechtsanwälte und erteilt die entsprechenden Prozessvollmachten.</p>	<p>4) Der Generaldirektor kann leitet selbständig die Rechtsverfahren zur Sicherstellung des Forderungseinzugs einleiten; dabei vertritt er die Gesellschaft vor Gericht, ernennt die Rechtsanwälte und erteilt die entsprechenden Prozessvollmachten.</p>	<p>Diese Änderung passt die Wortwahl an. Die dem Generaldirektor übertragenen Aufgaben werden an den Fall der Ernennung des geschäftsführenden Verwaltungsrats angepasst.</p>

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
5) Der Generaldirektor unterbreitet den Kollegialorganen Vorschläge und nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Vollzugsausschusses, sofern bestellt, teil.	5) Der Generaldirektor unterbreitet, im Rahmen der ihm vom Verwaltungsrat übertragenen Befugnisse , den Kollegialorganen Vorschläge und nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Vollzugsausschusses, sofern bestellt, teil.	Diese Änderung passt die Wortwahl an. Die dem Generaldirektor übertragenen Aufgaben werden an den Fall der Ernennung des geschäftsführenden Verwaltungsrats angepasst.
6) In der Umsetzung seiner Befugnisse setzt der Generaldirektor die ihm beigeordneten Direktoren der Generaldirektion ein.	6) In der Umsetzung seiner Befugnisse setzt der Generaldirektor die ihm beigeordneten Direktoren der Generaldirektion ein.	
7) Bei Abwesenheit oder Verhinderung wird der Generaldirektor in allen Befugnissen durch den rangnächsten beigeordneten Direktor, und bei Gleichheit unter diesen, durch den dienstälteren beigeordneten Direktor vertreten	7) Bei Abwesenheit oder Verhinderung wird der Generaldirektor in allen Befugnissen durch den rangnächsten beigeordneten Direktor, und bei Gleichheit unter diesen, durch den dienstälteren beigeordneten Direktor vertreten	

Abschnitt IV

Vertretungsbefugnisse und Gesellschaftszeichnung

Art. 39 – Vertretungsbefugnisse und Gesellschaftszeichnung

- 1) Die Vertretung der Gesellschaft gegenüber Dritten und vor Gericht, sowohl in der ordentlichen als auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, einschließlich Kassations- und Wiederaufnahmeverfahren, sowie die freie Gesellschaftszeichnung stehen dem Präsidenten zu und, bei dessen Abwesenheit oder Verhinderung, seinem Stellvertreter.
- 2) Dritten gegenüber gilt die Unterschrift des Stellvertreters des Präsidenten als Nachweis für dessen Abwesenheit oder Verhinderung.
- 3) Der Verwaltungsrat kann für bestimmte Handlungen oder Kategorien von Handlungen, die Vertretung der Gesellschaft und die freie Gesellschaftszeichnung an einzelne Ratsmitglieder übertragen.

Abschnitt IV

Vertretungsbefugnisse und Gesellschaftszeichnung

Art. ~~39~~ 40 – Vertretungsbefugnisse und Gesellschaftszeichnung

- 1) Die Vertretung der Gesellschaft gegenüber Dritten und vor Gericht, sowohl in der ordentlichen als auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, einschließlich Kassations- und Wiederaufnahmeverfahren, sowie die freie Gesellschaftszeichnung stehen **getrennt** dem Präsidenten **des Verwaltungsrats und dem geschäftsführenden Verwaltungsrat** zu und, bei ~~dessen~~ Abwesenheit oder Verhinderung **beider, dem Vize-Präsidenten gemäß Art. 23**~~seinem Stellvertreter~~.
- 2) Dritten gegenüber gilt die Unterschrift des Stellvertreters des Präsidenten als Nachweis für dessen Abwesenheit oder Verhinderung.
- 3) Der Verwaltungsrat kann außerdem für bestimmte Handlungen oder Kategorien von Handlungen, die bedingte Gesellschaftszeichnung an den Generaldirektor, an „Dirigenti“ und an Mitarbeiter der Gesellschaft übertragen.

Die Änderung passt die Nummerierung an.

Mit der Änderung der Satzungsbestimmung wird die gesetzliche Vertretung der Bank, die derzeit nur dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats obliegt, auch auf den geschäftsführenden Verwaltungsrat ausgedehnt.

Geltender Text	Vorgeschlagener Text	Anmerkung
<p>4) Der Verwaltungsrat kann außerdem für bestimmte Handlungen oder Kategorien von Handlungen, die bedingte Gesellschaftszeichnung an den Generaldirektor, an „Dirigenti“ und an Mitarbeiter der Gesellschaft übertragen.</p> <p>5) Der Verwaltungsrat kann nach Notwendigkeit, für bestimmte Handlungen Mandate und Vollmachten an Personen die nicht der Gesellschaft angehören, übertragen.</p>	<p>4) Der Verwaltungsrat kann außerdem für bestimmte Handlungen oder Kategorien von Handlungen, die bedingte Gesellschaftszeichnung an den Generaldirektor, an „Dirigenti“ und an Mitarbeiter der Gesellschaft übertragen.</p> <p>5) Der Verwaltungsrat kann nach Notwendigkeit, für bestimmte Handlungen Mandate und Vollmachten an Personen, die nicht der Gesellschaft angehören, übertragen.</p>	
<p style="text-align: center;">Abschnitt V</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschluss der Gesellschaft</p>	<p style="text-align: center;">Abschnitt V</p> <p style="text-align: center;">Jahresabschluss der Gesellschaft</p>	
<p>Art. 40 – Bilanz</p>	<p>Art. 40 41 – Bilanz</p>	<p>Die Änderung passt die Nummerierung an.</p>
<p>1) Das Geschäftsjahr schließt zu jedem 31. Dezember.</p> <p>2) Am Ende eines jeden Geschäftsjahrs erstellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss und den Bilanzbericht gemäß den gesetzlichen Auflagen.</p>	<p>1) Das Geschäftsjahr schließt zu jedem 31. Dezember.</p> <p>2) Am Ende eines jeden Geschäftsjahrs erstellt der Verwaltungsrat den Jahresabschluss und den Bilanzbericht gemäß den gesetzlichen Auflagen.</p>	
<p>Art. 41 – Gewinnverteilung</p>	<p>Art. 41 42 – Gewinnverteilung</p>	<p>Die Änderung passt die Nummerierung an.</p>
<p>1) Der Reingewinn aus dem genehmigten Jahresabschluss wird wie folgt verteilt:</p> <p style="padding-left: 20px;">a) an die gesetzliche Rücklage, in der vom Gesetz vorgeschriebenen Höhe;</p> <p style="padding-left: 20px;">b) an die Aktionäre als Dividende in der von der Hauptversammlung, auf Vorschlag des Verwaltungsrats, festgesetzten Höhe.</p> <p>2) Der eventuelle Restbetrag wird auf Vorschlag des Verwaltungsrats zur Bildung oder Aufstockung weiterer Rücklagen verwendet.</p>	<p>1) Der Reingewinn aus dem genehmigten Jahresabschluss wird wie folgt verteilt:</p> <p style="padding-left: 20px;">a) an die gesetzliche Rücklage, in der vom Gesetz vorgeschriebenen Höhe;</p> <p style="padding-left: 20px;">b) an die Aktionäre als Dividende in der von der Hauptversammlung, auf Vorschlag des Verwaltungsrats, festgesetzten Höhe.</p> <p>2) Der eventuelle Restbetrag wird auf Vorschlag des Verwaltungsrats zur Bildung oder Aufstockung weiterer Rücklagen verwendet.</p> <p>3) Der Verwaltungsrat kann die Ausschüttung von Anzahlungen auf die Dividenden in den Fällen, in der Weise und innerhalb der Grenzen beschließen, die nach den geltenden Vorschriften zulässig sind.</p>	<p>Der Verwaltungsrat erhält die Befugnis, die Ausschüttung von Anzahlungen auf die Dividenden in Einklang mit den gängigen Marktpraktiken zu beschließen.</p>
<p style="text-align: center;">Abschnitt VI</p>	<p style="text-align: center;">Abschnitt VI</p>	

Auflösung der Gesellschaft und Liquidation**Auflösung der Gesellschaft und Liquidation****Art. 42 – Auflösung und Liquidation****Art. 42 43 – Auflösung und Liquidation**

Die Änderung passt die Nummerierung an.

- 1) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft bestellt die Hauptversammlung die Liquidatoren, setzt deren Befugnisse und die Vorschriften für die Liquidation fest und verfügt die Verwendung der sich aus der Abschlussbilanz ergebenden Aktiva.
- 2) Die Verteilung der verfügbaren Mittel an die Aktionäre erfolgt im Verhältnis zur jeweiligen Aktienbeteiligung.

- 1) Im Falle der Auflösung der Gesellschaft bestellt die Hauptversammlung die Liquidatoren, setzt deren Befugnisse und die Vorschriften für die Liquidation fest und verfügt die Verwendung der sich aus der Abschlussbilanz ergebenden Aktiva.
- 2) Die Verteilung der verfügbaren Mittel an die Aktionäre erfolgt im Verhältnis zur jeweiligen Aktienbeteiligung.

Abschnitt VII**Übergangsbestimmungen****Titolo VII****Norme transitorie****Art. 43 – Zusammensetzung des Verwaltungsrats, Wahl der Ratsmitglieder und Ersatz bei Ausfall im Laufe des Geschäftsjahrs. Wahl eines Vizepräsidenten.**~~**Art. 43 — Composizione del Consiglio, elezione degli amministratori e sostituzione di quelli venuti a mancare in corso d'esercizio. Nomina di un vicepresidente.**~~

Der derzeitige Art. 43 und der gesamte Titel VII werden aufgrund des Ablaufs der Fristen gestrichen.

- 1) Ab Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 bleiben, sofern die Hauptversammlung gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung den Verwaltungsrat in 11 oder 12 Ratsmitgliedern festgesetzt hat, bei Wahl und Kooptation gemäß Art. 21 und 22 der Satzung mindestens drei Sitze im Verwaltungsrat den Kandidaten vorbehalten, die seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sind; davon muss mindestens ein Kandidat die Unabhängigkeitsauflagen aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung erfüllen.
- 2) Bis zur Genehmigung des Geschäftsberichts zum 31.12.2022, wird mindestens ein Vizepräsident aus den Reihen der, in der Region Veneto ansässigen Ratsmitglieder gewählt.

- ~~1) Ab Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und bis zur Genehmigung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 bleiben, sofern die Hauptversammlung gemäß Art. 20, Abs. 1 der Satzung den Verwaltungsrat in 11 oder 12 Ratsmitgliedern festgesetzt hat, bei Wahl und Kooptation gemäß Art. 21 und 22 der Satzung mindestens drei Sitze im Verwaltungsrat den Kandidaten vorbehalten, die seit mindestens drei Jahren in der Region Veneto ansässig sind; davon muss mindestens ein Kandidat die Unabhängigkeitsauflagen aus Art. 20, Abs. 5 der Satzung erfüllen.~~
- ~~2) Bis zur Genehmigung des Geschäftsberichts zum 31.12.2022, wird mindestens ein Vizepräsident aus den Reihen der, in der Region Veneto ansässigen Ratsmitglieder gewählt.~~